

WITIKOBRIEF

RECHTSWAHREND-STAATSTRAGEND-UNABHÄNGIG

Mai 2016



*Vor 700 Jahren geboren:
Kaiser Karl IV.
(Figur am „Schönen Brunnen“ in Nürnberg)*

Inhalt:		
01. Gedenkjahr Karls IV. (Text von Prof. H.Cysarz)	S.03	11. Die Tschechen hatten ihren Namen satt S. 12
02. Binnen Kurzem zwei SL-Niederlagen	S. 04	12. Was treibt Pegida auf die Straße? S. 12
03. Phantomsitzung am 27./28.2. in München?	S. 05	13. Ein Sudetenbayer schreibt dem BR (Slezak) S. 13
04. Rede Edmund Liepolds vom 27.2.2016	S. 06	14. Den guten Namen Polens schützen S. 15
05. Der Vorsitzende hat das Wort	S. 07	15. Die Vergangenheit holt GB ein S. 16
06. Information zum Sudetendeutschen Tag	S. 07	16. Das Weihnachtsfischgeld S. 17
07. Über die XVI. BV (Claus Hörrmann)	S. 08	17. Großkundgebung in Böhmisches Leipa 1934 S. 18
08. Zwangsarbeiterentschädigung kommt!	S. 08	18. Neues zu Tomas Masaryks Vater S. 19
09. Die Zusammensetzung der SL-Bundesvers.	S. 10	19. Der Marburger Blutmontag 1919 S. 19
10. Von Gundula bis Bohuslav (Sobotka)	S.11	20. Tschechen und Deutsche (Rez. Dr. F. Köllner) S. 20
		... und weitere Beiträge passim

Impressum

DER WITIKOBRIEF.

(Mitteilungsblatt des Witikobundes, der sudetendeutschen Gemeinschaft nationaler Gesinnung)

Erscheinungsweise: Feber, Mai, August, November jeweils zur Monatsmitte; Jahresabo. 16 Euro; für Mitglieder frei.

Herausgeber: Witikobund e.V

V.i.S.P.: Felix Vogt-Gruber, 1. Vors., Prof. Bamann-Str. 19, D-89423 Gundelfingen, Tel: 015221905772

Schriftleitung und Layout: Friedebert Volk, Joh.Seb.Bach-Str. 51, D-61250 Usingen/Ts.; Tel.: 06081-2611;

e-Post: witikobund-bundesverband@freenet.de; Heimseite: www.witikobund.de

Druck: Ortmaier-Druck, 84160 Frontenhausen, Birnbachstr.2

Beiträge und Leserbriefe werden an die Schriftleitung erbeten. Änderungen vorbehalten!

Bankverbindungen: HypoVereinsbank München: IBAN: DE31700202706880157106; BIC:

HYVEDEMMXXX); (alt: Kto. 6880 157 106, BLZ. 700 202 70); Postbank München: IBAN

DE38700100800152360803; BIC: PBNKDEFF; (alt: Kto. 152 360-803; BLZ. 700 100 80)

Rechnungsstelle (auch für Spendenquittungen): Frau Christine Eder, c/o Heimatkreis Mies-Pilsen, Bauhofstr. 41, 91550 Dinkelsbühl, Tel.: 09851-53003, Fax: 09851-53004 (nur vormittags)

Der Witikobrief erscheint ununterbrochen seit 1.2.1958, jetzt im 59. Jahr!

Bohumil Smeral (1880-1941) spricht Klartext



Boh. Smeral

In den ersten Jahren der CSR warf Bohumil Smeral, Vorsitzender der csl. Kommunistischen Partei, seinen Landsleuten wiederholt vor: „Was die Deutschen angeht, so habt ihr, gegen unseren Rat und gegen den gesunden Menschenverstand, während der Versailler Verhandlungen jede nur mögliche Anstrengung unternommen, so viele von ihnen hereinzuholen, wie ihr nur kriegen konntet, um ihnen dann hochmütig zu erklären: *Mit Rebellen verhandeln wir nicht!*“ (Zitiert nach Toni Herget, Witikobrief 1969,6, S. 10).

Fundstücke:

1. Der us-amerikanische (farbige) Journalist Ta-Nehisi Coates fordert in seinem Buch „Zwischen mir und der Welt“ Wiedergutmachungsleistungen der USA an Schwarze für 300 Jahre Versklavung (FAZ, 6.2.16, S.12).
2. Eduard Benesch sagte im März 1919 dem Innen- (und Polizei-)Minister Antonin Svehla: „*Wegen der Deutschen braucht ihr vor Paris keine Angst zu haben. Ihr könnt ruhig energisch einschreiten.*“ (Kurt Rabl, Das Ringen um das sudet. Selbstbestimmungsrecht 1918/19, München 1958, S. 5),
3. Dr. M. Lacota, Triest, (Vorsitzender der Europäischen Union der Flüchtlinge und Vertriebenen, EUFV) hat schließlich aufgegeben, weil ihm klar wurde, dass die deutsche Politik niemals zulassen würde, sich die Kontrolle über die deutschen Vertriebenen entgleiten zu lassen (I. Engelmann, e-Post 2016).
4. Unter den geheimen Kabinettsakten der Briten fehlt ausgerechnet der für die Abtretung des Sudetenlandes und die Vorgeschichte des 2. Weltkrieges wichtige Band vom September 1938 (Polit. Zeitspiegel Dez. 1969, S.13)!
5. Die deutschen Vertriebenen haben die qualifizierten Schichten der Länder aufgestockt, in denen sie aufgenommen wurden (Giri Grusa, Benesch als Österreicher, S. 159).
6. Im Ersten Weltkrieg desertierten neunzig Prozent der tschechischen Soldaten im österreichischen k.u.k. Heer **nicht**. Das waren rd.900.000 Mann (Karlheinz Filipp, Miserocordia Bohemiae, S.18).

Gedenkjahr Karls IV.



Karl IV. (1316-1378)

Kaiser Karl IV. wurde am 16. Mai 1316, also vor genau 700 Jahren, geboren. Wir lassen dazu den Prager Germanisten und Träger des sudetendeutschen Kulturpreises 1969, Prof. Herbert Cysarz (†), zu Wort kommen, dessen „vielberufene Kunst, Menschenbildnisse zu zeichnen“, einst unser Kamerad Dr. Rudolf Jahn hervorgehoben hat (WBr. 71,3,S.39).

Prof. Cysarz schreibt:

„Dieser in Paris erzogene, in Italien gebildete Luxemburger, seit 1346 auch deutscher Kaiser (die Krönung in Rom folgt erst 1355), beispiellos erfolgreich als durchaus friedlicher Mehrer seiner Macht, insbesondere seiner Hausmacht, Diplomat und Gesetzgeber größten Stils und bewährter lateinischer Schriftsteller, Karl IV., wollte seine Residenz Prag schon baulich zu einer abendländischen Metropole machen, zu einer jüngeren Schwester Roms, einer nördlichen Venedigs, einer östlichen von Paris. Und was er da vermag, ist ein taghelles Wunder. Er lenkt Anbrüche der Renaissance in das Leben der Stadt. Er erwirkt ihr den Vorrang eines Erzbistums. Er empfängt auf dem Hradschin einen Cola di Rienzo, einen Petrarca. Er inauguriert die „Prager Malerzucht“ und die Bauhütte des Schwaben Peter Parler (später von dessen Söhnen Wenzel und Johannes geleitet). Vorwiegend deutsche Hände geben dem alten Prag sein steinernes Antlitz. Kleinodien für sich schafft die Tafelmalerei, die Buchmalerei. Und neben die Vorbilder Paris und Bologna tritt die erste Universität in deutschen Landen. Sie pflegt neben der Hochscholastik alsbald den jungen Humanismus, die *devotio moderna* und andere Geistesmächte der Glaubenserneuerung. Von ihrer Stiftung 1348 bis zum Kuttenberger Dekret 1409 (unten Karls Nachfolger Wenzel IV.), das die Hochschule Mitteleuropas zur Landesschule degradieren möchte und das den Auszug vielen Studiker, Magister und Professoren nach Leipzig zur Folge hat, reicht die erste Hochblüte Prags, nicht nur des Prager Deutschtums, die Zeit der wohl höchsten Weltgeltung der Stadt.

Die Geltung beruht auch auf der Errichtung der Prager Reichskanzlei, seit 1353 unter der humanistischen Leitung des Hofkanzlers Johann von Neumarkt, Großmeisters jener philosophisch-juristischen Bildung und jener Kunst des Schreibens, die des (im Böhmerwald geborenen, in Prag geschulten, nachmals hierher zurückgekehrten) Saazer Notars, Johannes von Tepls, Streitgespräch zwischen einem Ackermann und dem Tod erfüllt: das ragendste Denkmal deutscher Frührenaissance in der Muttersprache, gleichsam ein gotisches Domgewölbe über Pfeilern der Renaissance und scholastischer Ornamentik - als Dialog ein Rechtsstreit geradezu zwischen zwei Weltaltern, ein aus dem Mittelalter in die Neuzeit vorandringender Prozess um den Menschen und seine Bestimmung im All, ein Prozess vor dem Göttlichen Richter, der schließlich dem Tod den Sieg, dem Menschen die Ehre zuspricht.

Prags weitestwirkender Einstrom ins gesamtdeutsche Schrifttum ist sein Beitrag zur Vereinhelligung unserer Schriftsprache. Karl IV., deutscher Kaiser und böhmischer König, hat in seinen Edikten sämtliche Untertanen anzusprechen; und schon in seinem engeren Hoheitsgebiet sind ober- und mitteldeutsche Stämme verflochten, die eben hier auf Nachbarvölker stoßen - die Grenzfunktion macht sie zu Deutschen schlechtweg. Die Gemeinsprache empfängt dann unwiderstehliche Durchschlagskraft durch Luther, ihre einheitliche Festlegung und Bereicherung schreitet weiterhin ohne Unterlass bis zu den Klassikern fort. Dies vor allem, vor allen dichterischen Formen und Ideen, dankt nachmals das Sudetendeutschtum, gerade auch in Prag, den Klopstock und Lessing, den vier Klassikern von Weimar; eine höhere Muttersprache als Bürgerschaft der seelischen Einheit, eine Sprache von integraler Physiognomie, die das Gesamtvolk als Kulturnation vor den Nachbarvölkern vertritt und jeden, der sie würdig sich zu eigen macht, teilnehmen lässt am umfassendsten Jahrtausendkunstwerk des deutschen Geistes.“



Über den „**Laudator**“ Prof. Dr. Herbert Cysarz: Geburt 1896 in Oderberg. Gymnasium in Teschen, schwerste Handverletzungen im Ersten Weltkrieg, 1928 Berufung nach Prag als Nachfolger des Germanisten August Sauer. Dort hochproduktiv, 30 Bücher. Die Germanistik bezeichnete er auch als „kämpfende Wissenschaft“. 1938 Ruf nach München. 1940 NSDAP-Mitglied, dennoch Verbot seines Buches „Zur Geistesgeschichte des Weltkrieges“ (1931). 1950 Emeritierung und Mitarbeit am Collegium Carolinum. 1969 Sudetendeutscher Kulturpreis. Ableben 1985. Obiger Text entstand 1961, Nachdruck 1989 in: Cysarz, „Prag“, S. 19. (Hrsg. R.Jahn). Wir freuen uns, Prof. Cysarz in seinem 120. Geburtsjahr zitieren zu können

Binnen Kurzem zwei SL-Niederlagen!



Justitia lebt!

Bekanntlich ließ das SL-Mitglied Gottstein schon am 29. Jänner 2016 gerichtlich feststellen, dass die geplante Satzungsänderung der SL nichtig sei (sh. WBr.16-1, S.4). Rund zwei Monate später, genau am 24. März 2016, musste die SL vor dem Oberlandesgericht eine weitere Niederlage hinnehmen. Sie wurde verurteilt, dem Kläger ohne Wenn und Aber die Mitgliederliste auszuhändigen. Da sich das Urteil auf höchstrichterliche Entscheidungen stützte, wurde eine Revision nicht zugelassen. Die SL, die ihre Erfolge und Teilerfolge sonst sehr zügig, bisweilen sogar voreilig, zu verkünden pflegt, hüllte sich diesmal in Schweigen. Es schien als hätte es ihr die Sprache verschlagen. Erst vier Wochen nach der Urteilsverkündung wurde in der Vereinszeitung (Folge vom 22.4.16, S. 1) ziemlich weinerlich auf die Niederlage Bezug genommen, aber so vage, dass der uninformierte Leser damit wenig bis nichts anfangen kann.

Die Urteilsbegründung

Das Gericht führte aus: Dem Kläger könne nicht verwehrt werden, durch individuelle Briefe an die übrige Mitgliedschaft sein „*Recht auf Mitwirkung an der Willensbildung im Verein wirkungsvoll auszuüben*“. Das sei umso nötiger, als nach Ansicht des Klägers eine Änderung des Vereinszwecks vorliege, die der Zustimmung „*aller*“ Mitglieder bedürfe. Daher müsse die Anschriftenliste ausgehändigt werden. Zu deren Führung sei der Bundesvorstand verpflichtet und wenn sie bei den Kreisverbänden liege, sei die Beschaffung zumutbar, da der Bundesvorstand gegenüber den SL-Gliederungen weisungsbefugt sei. Die Beklagtenseite brachte vor, dass der Kläger die SL spalten wolle, was das Gericht aber als nur „*abstrakte Missbrauchsgefahr*“ zurückwies. Auch die datenschutzrechtlichen Bedenken wies das Gericht mit Hinweisen auf die Rechtslage zurück.

Zusätzlich wurde verfügt:

„Die Kosten des Verfahrens trägt die Beklagte“ und „Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar“.

Letzteres griff die Klägerseite sofort auf, um die anderen Mitglieder noch vor dem Sudetendeutschen Tag 2016 informieren zu können. Sie setzte eine Frist bis zum 8. April 2016, die aber ergebnislos verstrich. Damit riskierte die SL allerdings Zwangsgeld bzw. Erzwingungshaft.

Bei Licht besehen

Laut Sudetendeutscher Zeitung wurden die Gegner der Satzungsänderung von SL-Vorstandsmitgliedern als Destruktoren bezeichnet. Das nehmen diese aber gelassen hin, denn, wie die beiden Gerichtsurteile zeigen, war ihre Kritik nicht aus der Luft gegriffen. Jedenfalls ist Urteilsschelte fehl am Platz, denn die Gerichte haben lediglich gewisse Organisationsmängel und große Sorglosigkeit im Umgang mit Fristen aufgedeckt. Die Wurzel liegt aber noch tiefer. **Es geht vor allem um Ehrlichkeit.** Jeder urteilsfähige Mensch betrachtet den Verzicht auf Heimat und Eigentum als gravierenden Eingriff in die Zweckbestimmung des Vereins, aber mit Überredungskunst will man das Gegenteil glauben machen. Dabei wärmt man uralte, aber falsche Syllogismen auf, die schon in der aristotelischen Logik verpönt waren. Es gilt: *Alle Bäume sind zwar grün, aber nicht alles, was grün ist, ist auch ein Baum!* So ist auch die geänderte Satzung mit der ursprünglichen **nicht** schon deshalb vergleichbar, weil sich beide mit den Sudetendeutschen befassen. Nach dieser Logik wären 1938 auch die Parteiprogramme Wenzel Jakschs und Konrad Henleins austauschbar gewesen, denn beide befassten sich ja mit den Sudetendeutschen.

Ein Pseudoparlament?

Zur Ehrlichkeit gehörte schließlich auch eine kritische Sicht auf die Bundesversammlung. Wie eine Untersuchung auf Seite 10 dieser Folge zeigt, ist diese schon längst kein Abbild der Volksgruppe mehr, sondern nur noch die Mumie früherer Tage. Umso wichtiger wäre, in der Satzungsfrage das Votum aller Mitglieder einzuholen, wie es § 33 BGB vorsieht. Doch wie in der „großen Politik“ fürchtet auch die Nomenklatura der SL alles, was einer Volksbefragung ähneln könnte. Was die SL-Führung unter Wahrnehmung sudetendeutscher Interessen versteht, ist den Sudetendeutschen zu wenig. Noch glimmt die Glut unter der Asche, und wir sind aufgerufen, alles zu verhindern, das wie eine Legalisierung der Vertreibung aufgefasst werden könnte. (F.V.)

Phantomsitzung am 27./28. 2. in München?

Die SL hatte für den 27./28. Feber 2016 zur konstituierenden Sitzung der 16. Bundesversammlung (BV) eingeladen. Nach der Satzung (§ 12,6) wird die jeweils neue Legislaturperiode vom Alterspräsidenten eröffnet. Dieser hieß Edmund Liepold und war 89 Jahre alt. Der Zufall wollte es, dass Liepold als Vorsitzender eines anderen Vereins wenige Wochen vorher vom dort zuständigen Registergericht gezwungen worden war, eine Mitgliederversammlung wegen eines Ladungsfehlers zu wiederholen. Seine Sinne waren daher einschlägig geschärft, und so entdeckte er auch bei der Einladung zur BV einige Ungereimtheiten. Nach Beratung mit einem Anwalt kam er zu dem Schluss, die BV nicht eröffnen zu können. Er legte der Versammlung seine Gründe dar, kündigte eine neue Versammlung an, schloss die gegenwärtige und verließ den Saal.

Der Wortlaut seiner Rede ist umseitig abgedruckt.

Der Abgang Liepolds war ein unwiderstehliches Signal für Liebhaber von Rollenspielen. Man gab das in Bayern so beliebte Stück „Der ehrenamtliche Abgeordnete“. Rd. 70 Delegierte baten den nach Edmund Liepold zweitältesten Abgeordneten, eine Alternativsitzung zu eröffnen und arbeiteten sich durch die Tagesordnung. Ihr Tun wäre aber nur dann rechtens gewesen, wenn der Alterspräsident sein Amt niedergelegt hätte. Somit sind sämtliche von ihnen gefassten Beschlüsse und Wahlen **hinfällig**.

Neue Schwierigkeiten

Neben der geschilderten Problematik droht der BV von einer anderen, ganz neuen Seite großes Ungemach. Bekanntlich gibt es in der SL auch unmittelbare Mitglieder (Satzung § 5,2). Obwohl ihr Jahresbeitrag sogar höher ist als der „normaler“ Mitglieder, wird ihnen das in § 5,4 zugesicherte aktive Wahlrecht vorenthalten. Ein Mitglied hat diesen Mangel schon im Vorjahr gerügt, aber keine befriedigende Antwort erhalten. Nun erhob es Einspruch gegen die Zusammensetzung der letzten BV. Hier hilft nur eines, auch im Hinblick auf andere alte Zöpfe (sh. Seite 10!): Neufassung der Wahlordnung mit anschließender Neuwahl. Erst dann kann die BV wieder gültige Beschlüsse fassen. Bei den diskriminierten „Unmittelbaren“ handelt es sich lt. GF Lippert um rd. 2.000 Personen (Gerichtsprotokoll, 4.8.2015, S. 3). Eine so große Zahl von den Wahlen auszuschließen ist umso unverständlicher, als es voll stimmberechtigte Landesverbände gibt, die kaum zwanzig (20!!) Mitglieder haben.

Statt Mitgliederliste ein Vakuum

Im Vorjahr erbat Lm. Gottstein von der SL die Aushändigung der Mitgliederliste, um in individuellen Briefen an die Mitgliedschaft die einseitige Informationspolitik der SL zurechtzurücken. Die Sache kam vor Gericht und wurde, wie auf Seite 4 berichtet, in zweiter Instanz am 24. März 2016 zugunsten Gottsteins entschieden. Die SL behauptet zwar, keine Listen zu haben, weil diese bei den Kreisverbänden geführt würden. Sie hätte aber seit Beginn des Rechtsstreites vor einem Jahr Zeit gehabt, diesen Organisationsmangel zu beheben, was im Zeitalter der elektronischen Datenverarbeitung auch keine Hexerei gewesen wäre. Wie nötig Gottsteins Informationsbriefe wären, zeigt erneut das Totschweigen der letzten Gerichtsentscheidung in der Vereinszeitung.

Lagebild im Telegrammstil

Die SL nimmt Anlauf zu einer pompösen Kaiser-Karl IV.-Feier in Nürnberg. Hinter der Fassade jedoch verbirgt sich ein vereinsorganisatorisches Trümmerfeld. Es fehlen eine Mitgliederliste und eine stimmige Wahlordnung. Der Umgang mit Fristen und Formalien ist dilettantisch. Kritiker werden nicht angehört, sondern „exkommuniziert“. Die Berichterstattung in der Vereinszeitung ist einseitig. Daraus ergeben sich folgende **Imperative**:

Betrachte Mitglieder und Wähler nicht als lästiges Beiwerk! Respektiere Fristen und Formalien, denn unser Rechtswesen ist stark an Formalien gebunden! Ehre den Alterspräsident, weil er das erkannt hat! Unterlasse „Säuberungsaktionen“, denn sie behindern den demokratischen Wettbewerb (es sei denn man wolle eine witikofreie SL). Verschweige in der Vereinszeitung nie Misserfolge vor Gericht (wie am 19. Mai 2015 und am 24.3.2016), sonst folgen weiterer Auflagenschwund und Verbreitung des Spottnamens „Sudetenprawda“. Sei bereit für eine Umkehr! (F.V.)

Alle Politik muss die Knie vor dem Recht beugen

(Immanuel Kant)

Rede Edmund Liepolds vom 27.2.2016:

Sehr geehrte Landsleute, meine Damen und Herren!

Die 1. und konstituierende Sitzung der 16. Bundesversammlung (BV) der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) wird gemäß § 12 Ziffer 6 der Satzung bis zur Wahl des neuen Präsidenten von dem an Jahren ältesten Mitglied der BV geleitet. Das bin ich. Mein Name ist Edmund Liepold, ich bin 89 Jahre alt.

Bevor ich die 1. Sitzung eröffne und die Tagesordnung aufrufe, muss ich Ihnen folgendes sagen:

Ich hatte zunächst Zweifel, ob ich diese Sitzung überhaupt eröffnen darf. Es ist zu befürchten, dass diese Sitzung keine gültigen Beschlüsse fassen kann und auch die Wahlen ungültig sein könnten, weil die Einberufung oder Einladung nicht der Satzung entspricht.



Der Alterspräsident

Bei so genannten Einberufungsmängeln ist eine Sitzung nicht beschlussfähig. Wird die Sitzung trotzdem eröffnet und werden danach Beschlüsse gefasst oder Wahlen durchgeführt, dann sind diese ausnahmslos nichtig, d.h. ungültig. Ein vergleichbarer Einberufungsmangel in der vorigen BV hat z.B. dazu geführt, dass das Landgericht München I gegen die Landsmannschaft entschieden hat:
»Es wird festgestellt, dass der Beschluss der BV vom 28.02.2015 über die Zweckänderung in § 3 der Satzung nichtig ist.«

Ich möchte in unser aller Interesse vermeiden, dass sich diese Situation bei der für dieses Wochenende vorgesehenen BV wiederholt. Wir würden europaweit verspottet, wenn bekannt werden würde, dass die SL erneut mit nichtigen Vereinsbeschlüssen und ungültigen Wahlen auffällig geworden ist. Nicht auszudenken diese Blamage. Dem Risiko einer nicht beschlussfähigen BV müssen wir ausweichen. Wir dürfen es erst gar nicht so weit kommen lassen. Neue Prozesse und Prozesskosten können wir uns sowieso nicht leisten.

Ohne qualifizierte Rechtsberatung kann auch ich die Beschlussfähigkeit der Sitzung nicht beurteilen. Deswegen habe ich mir die möglichen Einberufungsmängel und ihre Folgen erläutern lassen. Das Schreiben des Rechtsanwalts Veauthier vom 16.02.2016 an Herrn Präsidenten Reinfried Vogler kenne ich. Daraus ist zu entnehmen:

Wir haben für die Sitzung ein Schreiben des Bundesgeschäftsführers Herrn Lippert vom 15.01.2016 erhalten. Dahinter war als Anlage die Einberufung dieser Sitzung durch den Präsidenten Herrn Vogler mit der Tagesordnung angeheftet. Das entspricht aber nicht der Regelung in § 12 Ziffer 4 der Satzung. Ausschließlich der Präsident beruft die Sitzung der BV unmittelbar ein.

Im Schreiben des Herrn Lippert fehlt zudem auch der Hinweis, dass er im Auftrag des Präsidenten handelt. Abgesehen davon steht der Bundesgeschäftsführer dem Bundesvorstand, aber nicht dem Präsidenten zur Verfügung.

§ 18 Ziffer 1 der Satzung verlangt diese strikte Trennung. Was soll ich tun, habe ich mich gefragt? Nachdem ich gestern von Herrn Veauthier gehört habe, dass er vom Präsidenten keine Antwort auf sein Schreiben erhalten hat und auch sein Rückruf ergebnislos blieb, ist anzunehmen, dass es Gründe geben muss, weswegen der Präsident Herrn Rechtsanwalt Veauthier nicht widersprochen hat.

Damit sind meine Zweifel ausgeräumt.

Hiermit gebe ich Ihnen meinen Entschluss bekannt:

Der Alterspräsident sieht sich wegen der genannten Einberufungsmängel gehindert, die 1. und konstituierende Sitzung der 16. BV der SL zu eröffnen*).

Daher beende und schließe ich die Sitzung wegen Beschlussunfähigkeit mit sofortiger Wirkung. Die Tagesordnung wird nicht aufgerufen.

Dass Ihr heutiges Erscheinen, für das ich trotzdem danke, vergeblich war, ist schade.

Sie werden demnächst erfahren, wie es weitergeht.

Zur 1. und konstituierenden Sitzung der 16. BV der SL wird es eine neue Einladung geben müssen, die dann auch der Satzung entsprechen muss.

Ich wünsche Ihnen eine gute Heimreise.

Die Sitzung ist geschlossen.

*) Sachstand 26.4.2016: Die SL hat mit Anwaltsbrief vom 18.4.2016 das Vorgehen Liepolds zurückgewiesen. Spätestens bei der Anmeldung der Satzungsänderung wird jetzt das Registergericht über die Rechtmäßigkeit der Sitzung vom 27.2.2016 entscheiden.

Der Vorsitzende hat das Wort:*Liebe Kameradinnen und Kameraden!*

Vogt Gruber

Mit dem Ausgang der beiden Gerichtsverfahren in München sind wir sehr zufrieden. Am 29. 1.2016 hat das Gericht die Satzungsänderung als **nichtig** zurückgewiesen, und am 24.3.2016 wurde die SL verurteilt, dem Kläger, unserem Mitglied Ingolf Gottstein, die vollständige Mitgliederliste **auszuhändigen**. Einen Schönheitsfehler gab es nur beim ersten Urteil, weil ihm der Richter noch einen ganz überflüssigen und verqueren Kommentar zum Inhalt der Satzungsänderung beifügte.

Beide Urteile sind für die SL-Führung peinlich, denn sie entziehen ihren Bannsprüchen gegen den Witikobund die Grundlage. Umso deutlicher wird jetzt, was ihre eigentliche Absicht war: Die Unterbindung des demokratischen Wettbewerbs!

Liebe Kameradinnen und Kameraden, wir haben ein Erbe zu verteidigen und stützen uns dabei auf vielfach beschworene Regeln des Völkerrechts. Vorleistungen darf es nicht geben, da sie zur schleichenden Legalisierung der Vertreibung führen. Kein Vertreiber darf sicher sein, dass sein Vergehen ungesühnt bleibt.

Unsere Durchhaltekraft verdanken wir in erster Linie den eingegangenen Spenden, für die ich wieder herzlichst danke! Gependet haben auch Nichtmitglieder, denen mein besonderer Dank gilt! Die Liste der Spender ist in Witiko-Intern einzusehen. Halten Sie/haltet uns bitte weiter die Treue, wir tun das alles nicht zum eigenen Vergnügen, sondern im Interesse der gesamten Volksgruppe.

Ich hoffe auf ein Wiedersehen in Nürnberg und verbleibe mit satzungsbewahrenden Grüßen

Ihr/Euer *Felix Vogt Gruber*

Der 67. Sudetendeutsche Tag

findet am 14./15. Mai 2016 in Nürnberg statt.

Der Witikobund wurde wieder ausgeschlossen,

obwohl

seine Satzungstreue zweimal gerichtlich bestätigt wurde! Da der Sudetendeutsche Tag „der Erfüllung des Satzungszweckes dient“ (§ 3, 2), wäre der Witikobund für die Teilnahme sogar besonders berufen!

*Für alle, die trotzdem nach Nürnberg kommen, schlagen wir vor, sich **am Sonntag zwischen 10 und 14 Uhr zu jeder vollen Stunde** am Stand der Sudetendeutschen Lehrer einzufinden.*

Jahrestreffen im Herbst

Leider konnte der genaue Termin noch nicht festgelegt werden. Das Hotel Räucherhansl sagte aber ein Wochenende im Oktober zu.



Was von der XVI. Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft bleibt

Unabhängig von der Tatsache, dass sich jetzt vermutlich noch lange Zeit Gerichte damit befassen werden, ob die XVI. Bundesversammlung überhaupt satzungsgerecht stattgefunden hat, wird sie in die Geschichte des Sudetendeutschen Vereins eingehen. Dafür sprechen meines Erachtens mehrere Gründe:

1. Mit der Satzungsänderung haben die Sudetendeutschen ein ganz entscheidendes politisches Ziel in ihrer Satzung, die **Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts der Volksgruppe** aufgegeben.
2. Die Eigentums- und Entschädigungsfrage wurde in einen gesamteuropäischen Kontext eingebettet und das gerade in einer Zeit, in der die Europäische Union beweist, dass nationale Interessen gegenüber den Gemeinschaftsinteressen eindeutig überwiegen. Damit ist eine offene Diskussion der Betroffenen mit der tschechischen Politik endgültig in unerreichbare Ferne gerückt.
3. Ein eindeutige und dringendst nötige klare Trennung der Bundesorgane wurde mit der Wiederwahl von Bernd Posselt als Sprecher und Bundesvorsitzender erneut vertan. Eine Machtfülle, die deren Missbrauch zulässt und die Führung des Vereins weiter vernachlässigt, ist somit weiter vorprogrammiert.
4. Die in der Satzung ausgeschlossene Dominanz des Bundesgeschäftsführers auf der letzten Bundesversammlung und sein Eingriff in Abläufe dokumentierte, dass eine klare Trennung von Legislative und Exekutive im Verein nicht praktiziert wird.
5. Der Gegensatz von Erlebnis- und Bekenntnisgeneration wird neben der Satzungsänderung auch durch die zuvor nicht breit diskutierte Erhöhung des Beitrages weiter vertieft.
6. Die Diskussionen und Ergebnisse der Wahlen machten deutlich, dass ein ausgewogenes Verhältnis zwischen sogenannten Reformern sowie Traditionalisten bzw. Bewahrern in der Landsmannschaft nicht mehr gewünscht ist. Im Übrigen wurden die bisher so entscheidenden sudetendeutsche Forderungen, wie Aufhebung des Straffreistellungsgesetzes oder der Benes-Dekrete wohl endgültig von der Führung der Sudetendeutschen Landsmannschaft aus politischer Opportunität aufgegeben. Im Schirmherrnland Bayern gibt es damit keine Störungen des deutsch-bayrisch-tschechischen Annäherungskurses mehr.

Die Gefahr, dass die Gräben innerhalb der Sudetendeutschen Landsmannschaft damit weiter vertieft werden und daran ihre Einheit zerbricht, ist größer denn je. Für eine Landsmannschaft, die den Übergang von der Erlebnis- zur Bekenntnisgeneration bestehen muss, kann das letztendlich tödlich sein und damit in ihrer politischen Bedeutungslosigkeit enden.

Das ist bitter, denn dafür habe ich, wie viele andere Landsleute nicht in den letzten Jahren aktiv Verantwortung innerhalb der Landsmannschaft mitübernommen.

Claus Hörrmann

Mitglied der XVI. Bundesversammlung und
Stellvertretender Landesobmann der SL Sachsen

Zwangsarbeiterentschädigung kommt!

Wie berichtet, werden in den nächsten drei Jahren insgesamt 50 Millionen Euro für die Entschädigung deutscher Zwangsarbeiter bereitgestellt. Zum Vergleich: Für Zwangsarbeiter unter der NS-Herrschaft wurden seit Kriegsende rd. 71 Milliarden aufgewendet. Nach dem Kriege waren rd. 4 Millionen Deutsche als Zwangsarbeiter eingesetzt. Über die Antragsmodalitäten ist leider noch nichts bekannt. Der Witikobund hat im Jahre 2000 einen Erfassungsbogen entworfen, verteilt und die ausgefüllten archiviert. Zu gegebener Zeit kann er die Namen abdrucken und so den Betroffenen ggf. helfen.

Wer seine Schwerter zu Pflugscharen umschmiedet, wird für die pflügen, die Schwerter haben.

Verständigung ist keine Einbahnstraße, sondern bedeutet stets das Prinzip des uneingeschränkten Dialogs

"Wenn es uns mit der Verständigung ernst ist, sollten wir versuchen, auch den anderen Standpunkt wahrzunehmen und zu verstehen.", so formulierte es der Bundesgeschäftsführer der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Christoph Lippert, in der Sudetendeutschen Zeitung in seiner Kolumne am 16.10.2015 unter dem Anspruch 'Brücken bauen statt Barrikaden'. Dass dieser hohe moralisch-rechtliche Anspruch auch für die verbandsinternen Debatten in unserer Landsmannschaft gilt, daran gibt es dann allerdings doch einige Zweifel.

Erinnert sei nur daran, dass im Dezember 2016 die gleiche Zeitung verkündete, dass der Witikobund e. V., eine der drei Gesinnungsgemeinschaften, vom Sudetendeutschen Tag 2016 wegen "rechts-extremistischer Tendenzen" ausgeschlossen wird. Der Bundesvorstand der XV. Bundesversammlung hatte damit mehrheitlich einen Beschluss gefasst, der eben gerade diesem Credo des Geschäftsführers entgegensteht. Vom Bundesvorsitzenden, Bernd Posselt, der die Landsmannschaft einen und zusammenführen sollte, war dazu - leider - kein Widerspruch zu hören. Und ich fand es sehr schade, dass man offensichtlich auch in der Sudetendeutschen Zeitung seit Monaten keine offene Debatte zu verschiedensten strittigen Verbandsfragen (Satzungsänderung, Verlauf der XVI. Bundesversammlung, gerichtliche Auseinandersetzungen, Beitragserhöhungen) führen mochte. Ist es nicht zumindest traurig, dass hohe moralische Ansprüche an die Politik unserer Landsmannschaft immer mehr nur als Anspruch für die Gegenseite gelten sollen, für die eigene politische Willensbildung jedoch vermieden werden?

Selbstverständlich sind Verbote immer leichter durchsetzbar, als mühsame Diskussionen um schwierige Fragen mit politischer Sprengkraft. Aber genau das macht doch gerade die ganze Breite und Vielfalt unserer Sudetendeutschen Landsmannschaft aus und eben nicht ein vom Bundesgeschäftsführer postuliertes Alleinstellungsmerkmal.

Wenn wir an dieser Stelle nicht mutiger "umschalten" und die Schere im eigenen Kopf vermeiden, dann werden wir vermutlich noch weitere Landsleute in die "innere Emigration" oder, noch schlimmer, zum Verlassen der Landsmannschaft zwingen. Und beides kann nicht unser gemeinsames Interesse sein!

Das meint

Claus Hörrmann, Mitglied der XVI. Bundesversammlung und Stellvertretender Landesobmann aus Sachsen,

Restitutionsstreit: Schloss Opočno gehört dem tschechischen Staat

Das Renaissanceschloss Opočno in Ostböhmen gehört dem tschechischen Staat. Dies hat das Kreisgericht in Hradec Králové / Königgrätz im Restitutionsstreit zwischen dem Staat und einer Erbin des einstigen Schlossbesitzers, Kristina Coloredo-Mansfeld, am Donnerstag beschlossen. Es bestätigte somit das Urteil des Bezirksgerichts in Rychnov nad Kněžnou /Reichenau an der Knieschna vom Herbst letzten Jahres. Die Klägerin führt seit 1991 einen Rechtsstreit um die Rückgabe des Anwesens, das sich derzeit im staatlichen Besitz befindet. Das Schloss wurde 1942 von den Nazis konfisziert. Auf Grundlage der Beneš-Dekrete wurde das Schloss nach 1945 zum Staatseigentum der Tschechoslowakei erklärt. Gegen das jüngste Urteil kann man beim Obersten Gericht in Berufung gehen.

Die Zusammensetzung der SL-Bundesversammlung

Im Satzungsstreit wurden nach jeder Abstimmung flugs die Prozentzahlen der Pro- und Contra-Stimmen ausgerechnet. 2015 lag die Zustimmung bei 71,8 Prozent, 2016 infolge Abwesenheit einiger Änderungsgegner sogar bei 72,8. Niemand hat bisher aber gefragt, was sich hinter diesen Zahlen wirklich verbirgt.

Das Schattendasein der unmittelbaren Mitglieder

Bekanntlich speist sich die SL-Bundesversammlung (BV) mit ihren 81 Delegierten aus vier Quellen. Leider wird eine **fünfte** Gruppe von Mitgliedern **übergangen** (siehe Tabelle)!

12 Delegierte der Bundesliste	24 Delegierte der Heimatlandschaften (Heimatkreise)
40 Delegierte d. Länder u. Bezirke (Gebietsorganisat.)	05 kooptierte Mitglieder der SL-Jugend
0,00 Delegierte für bundesunmittelbare Mitglieder !	

Die Zahl der unmittelbaren Mitglieder gab SL-Geschäftsführer Lippert mit 2.000 an (Landgericht München I, Protokoll vom 4.8.2015, Seite 3). Obwohl ihnen die Satzung in § 5,4 das aktive (und passive) Wahlrecht zuerkennt, werden sie von der Wahlordnung ignoriert. Jetzt haben einige der „Unmittelbaren“ Beschwerde gegen ihren Ausschluss von der Willensbildung eingelegt und die Beschlüsse vom 27./28. 2. 2016 angefochten.

Die Bundesliste

Über die Bundesliste werden zwölf Delegierte gewählt. Sie wird den Wahlmännern/-frauen der Landesversammlungen vorgelegt. Ihr Sinn ist die Absicherung einer kleinen Schar Auserwählter auf dem Weg in die BV. Dabei hilft die Regel, dass ein Wahlzettel nur dann gültig ist, wenn mindestens sechs der Kandidaten darauf angekreuzt werden, auch wenn man nur einen für geeignet hält.

Heimatlandschaften

Den Heimatlandschaften stehen in der BV 24 Delegiertensitze zu. Das sind rd. 30 %. Die Grundlage dafür ist das Regionalprinzip, doch inzwischen sind einige der 74 Heimatkreise verwaist, ohne dass sich an der Zahl 24 etwas geändert hat. Noch erschreckender ist aber das Missverhältnis bei der Beitragsabfuhr. Am gesamten Beitragsaufkommen von rd. 130.000 Euro (sh. BV-Protokoll 2015, S. 3!) sind die Heimatlandschaften nur mit 4.800 Euro oder rd. 3 % beteiligt! (Vorteilsfaktor 10!).

Landesverbände und Bezirke

Jeder Landesverband (LV) hat ein Grundmandat. Inzwischen gibt es aber mehrere LV mit weniger als 100 Mitgliedern, wie z.B. Schleswig Holstein mit nur noch 20 Mitgliedern! Bei allem Respekt vor dem Föderalismus sollte hier doch an eine Zusammenlegung der „Kleinen“ gedacht werden! In Zahlen drückt sich das Missverhältnis so aus: Schleswig Holstein führt für sein Mandat 120 Euro nach München ab. Hessen für jede seiner 5 Stimmen 3000 Euro, Vorteilsfaktor also 25!

Spalte1	Spalte2	Spalte3
Jahr	Einnahmen	Abfuhr
2002	41.758	35.000
2003	41.990	30.000
fehlt!		
2008	25.995	28.000
2009	27.805	26.000
2010	25.165	25.000
2011	23.740	23.000
2012	21.057	18.000
2013	19.248	19.734
2014	17.698	15.390

Hat der LV Hessen seine Zahlungen bis 2012 von der Mitgliederzahl entkoppelt?

Die großen LV werden aber auch gegenüber den Heimatlandschaften stark benachteiligt. Bei ihnen steht hinter jedem Delegierten eine Beitragsleistung von Ø rd. 2.200 Euro, bei den Heimatlandschaften aber nur eine solche von 200 Euro (4.800 ./ 24, Vorteilsfaktor 11)! Es geht nicht an, dass die finanzielle Hauptbürde auf den „normalen“ Mitgliedern ruht und diese von den anderen ggf. überstimmt werden!

Klare Verhältnisse fehlen auch bei den Mitgliederzahlen. Die SL verfügt über keine **Mitgliederliste** und muss die Zahl der Delegierten nach der Beitragsabfuhr bestimmen. Das soll zur Beitragsehrlichkeit erziehen, kann theoretisch aber auch zum Stimmenkauf durch Überzahlungen führen. Wer kontrolliert das?

Das Beispiel Hessen deutet (vor 2013) durch die Rundung auf glatte Summen auf eine Entkoppelung der Beitragszahlungen von den Mitgliederzahlen hin.

SL-Jugend

Über die Mitgliederzahl dieser Gruppe ist nichts bekannt. Sie dürfte sich auf dem Niveau von Schleswig Holstein bewegen. Dennoch ist sie in der BV mit fünf kooptierten Delegierten genauso stark vertreten wie der ganze Landesverband Hessen. Das wäre nur zu rechtfertigen, wenn aus dieser Gruppe eine statistisch relevante Zahl von Funktionsträgern hervorgegangen wäre. Hinzu kommen Fragen zur Loyalität, beginnend bei der SL-Mitgliedschaft oder beim Namen der Gruppe.

Überprüfung nötig

Die Zusammensetzung der SL-BV mag vor Jahrzehnten sinnvoll und gerecht gewesen sein. Die gegenwärtige Wahlordnung wurde aber von der Mitgliederentwicklung überholt. Die BV ähnelt daher einem Pseudoparlament. Dies abzustellen, wäre siebzig Jahre nach der Vertreibung geboten! (F.V.)

Von Gundula bis Bohuslav (Sobotka)

Liebe Leserinnen und Leser des Witikobriefes, neben der Satzungsänderung hat sich in den letzten Wochen noch anders zugetragen, über das wir berichten möchten!

Mit Gundula meint der Witikobrief natürlich Frau **Dr. Gundula Bavendamm**, die neue Präsidentin der Stiftung Flucht-Vertreibung-Versöhnung (SFVV). Frau Dr. Bavendamm hat einen prominenten



Dr. Gundula Bavendamm

Vater, den Journalisten und Buchautor Dirk Bavendamm. Bekannt wurde dieser vor allem mit seinen beiden Büchern über Roosevelt, dessen Politik Bavendamm mitverantwortlich für den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges macht. Gegen den Vorwurf des Revisionismus wehrt sich Vater Bavendamm aber heftig.

Bei seiner Tochter darf man annehmen, dass sie die in den Büchern ihres Vaters dargelegte Metaebene unserer Zeitgeschichte kennt. Ob sich das in ihrer Arbeit als Stiftungspräsidentin niederschlagen kann, muss man bezweifeln, denn der Zweck der Stiftung ist ja gerade, den Deutschen die Vertreibung als größtenteils selbstverschuldet vor Augen zu führen. Entsprechend sybillinisch fielen Frau Gundulas Antworten in ihrem Interview mit der Preußischen Allgemeinen Zeitung aus (1.4.2016).

Einer, der Frau Bavendamms Arbeit genau verfolgen wird, brach im März zu einer Umarmungstour nach München auf. Er bekleidet z.Zt. das Amt des tschechischen Ministerpräsidenten und heißt **Bohuslav Sobotka**. Im Bayerischen Landtag zeichnete er Frau Olga Sippl, eine 95-jährige sudetendeutsche Sozialdemokratin, für vorbildliche grenzüberschreitende Arbeit aus. Ob dafür allerdings die Karel-Kramar-Medaille die beste Wahl war, lassen wir einmal offen, denn Herrn Kramar wird auch der Ausspruch zugeschrieben: *Mit Rebellen verhandeln wir nicht*. So ist eben vieles hintergründig, was von tschechischer Seite kommt. Nicht zuletzt auch die Klage Sobotkas über die Vertreibung staatsstreuer Sozialdemokraten wie Frau Sippl, denn beklagenswert war ja auch das Los aller anderen Sudetendeutschen, derer er aber keine Erwähnung tat. Aber vielleicht war Karel Kramar dann doch die richtige Wahl, denn er soll auch gesagt haben: *Uns Tschechen fehlt es am **Gentilemantum**, das auch im anderen Menschen das Positive erkennt*.

Beim Staatsbesuch waren auch einige **sudetendeutsche Gentlemen** zugegen. Tschechische Beobachter hatten den Eindruck, dass sie von der bayerische Staatskanzlei so geschickt postiert waren, dass die tschechischen Gäste quasi über sie stolpern mussten. Herr Sobotka ließ sich auch auf einige Gespräche mit ihnen ein, aber wohl kaum, um sein Gentilemantum (ts.: *Dzentlmenstvi*) zu beweisen, sondern weil es unklug wäre, seine strategischen Partner schlecht aussehen zu lassen, wo diese gerade im Begriff sind, mit weiten, raumgreifenden und satzungsändernden Schritten in die Zielgerade einzubiegen. Dann wird in Erfüllung gehen, worauf die CR 70 Jahre lang gewartet hat: Das Sudetenproblem wird aus der Welt sein, ohne dass es Prag (und Berlin!) etwas gekostet hat. (F.V.)

Wer in der Demokratie schläft, wacht in der Diktatur auf!

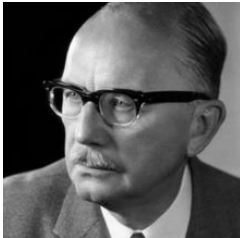
Die Tschechen hatten ihren Namen satt

Die Tschechische Republik hat bei der UNO den Antrag gestellt, künftig unter dem Namen „**Cesko**“ geführt zu werden. Auf Englisch ist das „Czechia“ und auf Deutsch „Tschechien“. Seit der Trennung von der Slowakei 1993 galt Ceska Republika. Das hielten viele Tschechen aber nicht für griffig genug und führte auch zu Verwechslungen mit Tschetschenien. Noch schlimmer war aber die Variante „Chicken Republic“ (Hähnchenrepublik). Mit Cesko griff man letztlich auf Franz Palacky zurück, der diesen Namen schon vor 150 Jahren vorschlug, damit aber nicht durchdrang. Finanzminister Babis befürchtet, dass sich Czechia international nicht durchsetzen werde. Der frühere Außenminister Karl Schwarzenberg plädierte für „Bohemia“, was aber daran scheiterte, dass es zu sehr an die gemeinsame Vergangenheit von Deutschen und Tschechen erinnerte, ein Kapitel, an das die Tschechen nur ungern erinnert werden möchten.

(Quelle: FAZ, 15.4.2016, S. 6)

Was treibt Pegida auf die Straße?

Pegida und die AfD profitieren vom Unbehagen der Leute an den politischen Zuständen in Deutschland. Genauere Diagnosen versuchten schon Thilo Sarrazin oder Prof. Peter Sloterdijk. Passende Antworten halten aber auch frühere, heute schon fast vergessener Meisterdenker bereit. So



Arnold Gehlen, 1904-1976

findet man in einer 1969 erschienenen Monographie **Arnold Gehlens**, *Moral und Hypermoral*, Ausführungen, als wären sie maßgeschneidert für die gegenwärtige Lage entworfen.

Gehlen bezeichnete sich 1969 angesichts der Idealismuswelle linker Studenten als „Kommentator des Ruins“ und wehrte sich gegen das von Zeitungsredakteuren verwaltete „verkürzte Bewusstsein“. Heute ist man direkter und spricht von „Lügenpresse“. Den Humanismus, den die Vertreter einer offenen Gesellschaft propagieren, nennt er „Humanitarismus“, der im Grunde nur die „realitätsferne Erweiterung der Hausmoral der Familie mit ihren Werten wie Liebe, Hilfsbereitschaft und Friedlichkeit“ sei. Der Staat müsse aber ein eigenes Ethos entwickeln, da ihm die Selbsterhaltung und Sicherheit der auf seinem Territorium lebenden Bevölkerung obliege. Er spricht sogar von einer pluralistischen Ethik, doch für den Staat gelte nur die „kalte Sprache des Sachzwangs“. Verfehlt er seine Aufgabe, fühlen sich die Staatsbürger im Stich gelassen. Diese Unruhe ergreift dann auch die bürgerliche Mitte.

Merkels Flüchtlingspolitik ohne Obergrenze ließ in der Bevölkerung dieses Gefühl aufkommen. Die Leute sehen ihr Land von einer „Hypermoral“ bedroht und geben dem Drang zum Selbsterhalt nach. Sie fürchten die Zerstörung des mühsam aufgebauten eigenen Sozialstaates, der nur überleben kann, wenn er *inklusiv* nach innen, aber *exklusiv* nach außen ist. Wird dieser Grundsatz missachtet, bewegt man sich in Richtung moralischer Hochstapelei, denn die damit geweckten Hoffnungen bleiben unerfüllbar. Gehlen ist daher zuzustimmen, wenn er nicht nur den starken Staat für gefährlich hält, sondern auch den schwachen.

Zu ähnlichen Ergebnissen kamen vor 120 Jahren übrigens auch Vaclav Klofac und seine Mitstreiter. Sie hielten den Sozialismus für eine grandiose Idee, die sich aber noch nicht im Weltmaßstab, sondern nur auf nationaler Ebene verwirklichen ließ. Das führte 1896 zur Gründung der tschechischen Nationalsozialistischen Partei. Diese hatte nichts mit dem deutschen NS zu tun, sondern, da frei vom Rassegedanken, eher etwas mit der Gedankenwelt einer Sarah Wagenknecht oder Oskar Lafontains. (Vgl. Spiegel, 16/2016, S. 116 ff. sowie Kuehnelt-Leddin, Die falsch gestellten Weichen, S. 223).

Satire zum Satiriker Böhmermann

Satire darf alles. Das meinen viele Qualitätsjournalisten. Leider haben die Vertriebenen das noch nicht gewusst, als man sie als Revanchisten und Rechtsradikale an den Pranger stellte (und stellt)! Man kann daraus aber etwas für die nächste Vertreibung lernen. Man muss den Neubürgern rechtzeitig Satire-verständniskurse anbieten und zur Pflicht machen, damit die Eingliederung besser vonstattengeht!

Ein „Sudetenbayer“ schreibt dem Rundfunk

Johann Slezak greift zur Feder

An den Bayerischer Rundfunk

Herrn Intendant Ulrich Wilhelm & Herrn Ernest Lang

Betr.: Bayern-Kommentar von Ernest Lang, Samstag 05.März 2016

Grüß Gott vom „Vierten Stamm“, sehr geehrter Herr Intendant,

zweimal musste ich mir den Kommentar von Herrn Lang anhören, weil ich nicht glauben konnte, dass so ein hanebüchener Unsinn im Jahr 2016 vom BR gesendet wird.

Der Kommentar hat mich in die Zeiten des „Schwarzen Kanals“ oder des „Freiheitssenders 504“ zurückversetzt. Geschichtlich scheinen Herrn Lang einige Fehler unterlaufen zu sein, so scheint er keine Ahnung davon zu haben, dass die Sudetendeutschen, die seit 800 Jahren Bürger in Böhmen und Mähren waren, 1919 in einen Staat gezwungen wurden, der ihre Rechte mit Füßen trat und auf friedlich für ihre Rechte demonstrierende deutsche Mitbürger das Feuer eröffnen ließ. Unter Eduard Benes begann dann bereits die erste „Entgermanisierungsphase“, die leider erst mit Hitler ihr Ende fand. Adolf Hitler war kein „böhmischer Gefreiter“, wie es Herr Lang zu glauben scheint, sondern er ist in München, der „Hauptstadt der Bewegung“, groß geworden und nicht in Reichenberg. Die Stadt der Reichsparteitage war nicht Eger, sondern Nürnberg. Das erste KZ stand in Dachau und nicht in Theresienstadt. Soviel zu den Erblasten.

Die Sudetendeutschen waren, genau wie die Tschechen, am Münchener Abkommen nicht beteiligt, sie mussten aber, wie die Tschechen, darunter leiden, was sie damals noch nicht wussten. Sie haben, im Gegensatz zu den Bayern, Hitler nie gewählt und auch während des dritten Reiches im abgetretenen Sudetenland die Tschechen nicht vertrieben, sondern mit ihnen weitgehend friedlich zusammengelebt. Deshalb sind sie auch vor Ende des 2. Weltkriegs nicht geflohen, weil sie sich nicht vorstellen konnten, rechtlos gestellt und vertrieben zu werden.

Herr Lang scheint auch nie etwas von dem Straffreistellungsgesetz gehört zu haben, dass jeden Mord, jede Vergewaltigung an Deutschen und Ungarn als Tat der Nationalen Befreiung noch heute straffrei stellt. Im Gegensatz zu Deutschland, wo über 90-jährige KZ-Aufseher, zu recht, vor Gericht gestellt werden, stehen die Tschechischen Massenmörder immer noch unter dem Schutz dieses Gesetzes.

Waren da nicht auch noch die sogenannten Benes-Vertreibungsdekrete, die den Sudetendeutschen nicht nur ihr Eigentum, sondern auch ihre Heimat raubten? Mit maximal 50 kg pro Person wurden sie vertrieben und die Willkommenskultur, auch in Bayern, war sehr stark unterkühlt. Trotzdem waren sie es, die maßgeblich zur Umstrukturierung Bayerns vom Agrar- zum Industriestaat beigetragen haben. Deshalb wurden sie zu Bayerns „Viertem Stamm“ gekürt, einen Titel, den sie noch mit Stolz tragen. Und dann, Herr Lang, kam die Wende, die Sudetendeutschen hatten gehofft, dass sich die Tschechen von ihren völkerrechtswidrigen Dekreten und Gesetzen trennen, zumindest dann, wenn sie in die Rechts- und Wertegemeinschaft EU aufgenommen werden wollen. Ministerpräsident Dr. Stoiber wollte dafür ein Zeichen setzen und forderte die Aufhebung dieser Rassegesetze vor dem Beitritt der Tschechen in die EU. Die CSU-Europaabgeordneten und auch einige der CDU stimmten mit NEIN. Bernd Posselt sprach gar von einem Computervirus in der EU, wenn die Tschechen mit diesen Gesetzen und Dekreten in die EU aufgenommen werden. Leider siegten, wie so oft, wirtschaftliche Gründe über Moral und Völkerrecht und so wurde dieser „posseltsche Computervirus“ in die EU eingeschleust. Mittlerweile ist sogar sein Namensgeber, Bernd Posselt, von ihm infiziert. Deshalb hindern ihn diese immer noch vorhandenen Gesetze und Dekrete nicht daran, die Rechte der Vertriebenen und ihr in die Billiarden gehendes Eigentum zur Disposition zu stellen.

Nun sind wir also, laut Herrn Lang, in der politischen Gegenwart gelandet, weil wir ein Beispiel dafür geben, dass sich Vertreibung lohnt, wenn man nur lange genug wartet.

Ein Pech für Herrn Lang und einige SL-Funktionäre ist es, dass doch noch einige der Erlebnisgeneration am Leben sind, die es nicht hinnehmen wollen, als Vaterlandsverräter, die froh sein müssen, dass sie nicht alle ermordet wurden, in die Geschichte einzugehen. Diese „ewig Gestrigen“ denen das Völkerrecht und ihre Rehabilitation über politische und wirtschaftliche Interessen gehen,

wollen nicht der Beweis dafür sein, dass sich Vertreibung lohnt. Sie erdreisten sich sogar, gegen die versuchte Satzungs = Zweckänderung des SL-Pseudoparlaments „Bundesversammlung,“ die Gerichte anzurufen. Sie tun das mit eigenen Mitteln, während den politisch abhängigen SL-Funktionären das Füllhorn der „Freistaatlichen Zuschüsse“ zur Verfügung steht. Der Wirtschaft war dieser „Vierte Stamm“, der besonders mit seinen Eigentumsforderungen der grenzüberschreitenden Wirtschaft im Weg stand, schon lang ein Dorn im Auge. Aber so lang die obersten Repräsentanten der Sudetendeutschen Volksgruppe noch Franz Neubauer, Staatsminister a.D., und Johann Böhm, Landtagspräsident a. D., hießen und es einen Ministerpräsidenten Stoiber, aber auch Beckstein gab, war da nicht viel zu machen. Erst als Johann Böhm entnervt sein Sprecheramt aufgab und Bernd Posselt sein Nachfolger wurde, waren die Weichen für Politik und Wirtschaft, sich auf Kosten der Sudetendeutschen an der Vertreibungsbeute zu bereichern, gestellt.

Der neue Ministerpräsident, Horst Seehofer, braucht dringend Erfolge und der Europaabgeordnete Bernd Posselt, Sprecher der Sudetendeutschen, einen sicheren Listenplatz für die Wahl zum Europaparlament. Was lag da näher als sich zusammen zu tun, Horst Seehofer wurde so, mit Unterstützung von Bernd Posselt, zum „Eisbrecher“ und Bernd Posselt erhielt seinen scheinbar sicheren Listenplatz. Pech nur, dass gerade die Sudetendeutschen das nicht so sahen, sondern es eher wie die „Frankfurter Allgemeine“ als die „Kapitulation an der Moldau“ verstanden. Nun gab es bei der Europawahl zum ersten Mal eine Alternative, auch für die Sudetendeutschen, und so honorierten sie die „Kapitulation an der Moldau“ mit dem Kreuzchen bei der AfD, was der CSU einen Denkkzettel einbrachte, und Bernd Posselt das Mandat kostete. Das konnte der nun „ehrenamtliche Europaabgeordnete“ natürlich nicht akzeptieren, zumal er auf ein Nachrücken im EU- Parlament, aber zumindest auf einen besseren Listenplatz bei der nächsten Kandidatenaufstellung hofft – und dazu soll ihm diese verordnete Satzungs-Zweckänderung verhelfen.

Nein, Herr Lang, die Mitglieder werden da nicht gefragt, denn da leben noch zu viele, die diesen Weg nicht gehen wollen und können. Die Lösung des Problems haben Sie, Herr Lang, ja aufgezeigt. Die Hauptbetroffenen sterben nach und nach, man muss es nur erwarten können, und der Rest wird musealisiert, wie der Bau des Sudetendeutschen Museums, das rechtzeitig zur Landtagswahl fertig werden soll, zeigt. Aber darin sollte sich keiner täuschen. Es gibt junge Menschen, sudetendeutscher Herkunft, die den Stab weiter tragen wollen. Nur diese SL, unter ihrem schwergewichtigen Vorsitzenden, hält viele von diesem Schritt ab, aber das wird sich ändern.

Sehr geehrter Herr Intendant, die Sudetendeutsche Volksgruppe hat es nicht verdient, von einem Kommentator, dem es an Sachkenntnis fehlt und der sich diesen Kommentar wahrscheinlich von interessierter Seite schreiben ließ, so abgehandelt zu werden. Wie wäre es, wenn man zu diesem Thema eine „Münchner Runde“ abhalten würde. Gern würde ich mit teilnehmen, sogar kostenlos, um das Defizit des BR nicht noch zu verstärken. Der „Vierte Stamm“ hätte sich das verdient.

Unser Motto lautet:

Nichts ist geregelt – was nicht gerecht geregelt ist (A. Lincoln)

Und dieser gerechten Regelung fühlen wir uns im Sinne eines befriedeten Europas verpflichtet.

Ich bin Sudetenbayer – und da ist meine zweite Heimat.

Johann Slezak, Bezirksrat a.D.

Zum Tod Ossi Böses

Am 6. April 2016 verstarb in Düsseldorf Ossi Böse im Alter von fast 92 Jahren. Der gebürtige Seifersdorfer (nahe Reichenberg) hat SL-Geschichte geschrieben: Er war Mitbegründer des Bundesverbandes, Gründer und langjähriger Leiter der Sudetendeutschen Jugend, erster Hausherr auf dem Heiligenhof und danach Leiter des Hauses des Deutschen Ostens in Düsseldorf. Der Bundesversammlung gehörte Ossi Böse von 1950 bis 2009 an. Bis zuletzt stellte er sein Wissen auch dem Projekt „Geschichte der Sudetendeutschen Jugend“ zur Verfügung. Mit der niedrigen Mitgliedsnummer 294 war er 33 Jahre lang beim Witikobund, bevor er 1986 austrat.

In seinen letzten Tagen sagte er:

„Was wir geleistet haben ist nicht so wichtig – wichtig ist, was bleibt!“

Die Energieversorgung Deutschlands

Die geplante Gasleitung von Sibirien nach Deutschland gilt in Brüsseler EU-Kreisen als verpönt. Die EU ist aber für solche Aufgaben nicht zuständig. Sicherheitsbedenken sind angesichts der bisherigen Vertragstreue Russlands unbegründet. Was also treibt Herrn Juncker an?

Möglicherweise hilft ein Blick in das Buch „Schachbrett Europa“ weiter. Dessen Verfasser Zbigniew Brzezinski war us-amerikanischer Präsidentenberater und schreibt darin, Amerika müsse in seinem ureigenen Interesse immer einen **Keil** zwischen Russland und Westeuropa, insbesondere aber Deutschland, treiben, um zu verhindern, dass deutsche Technologie und russische Rohstoffe zusammenträfen und gegenüber den USA dominant würden. Momentan ginge es auch um amerikanische Frackingfirmen, deren Finanznot ein Ende hätte, wenn die EU-Staaten amerikanisches Öl statt russisches importierten.

Solche Gedanken erklären auch, warum die EU vor einiger Zeit ein von Russland angebotenes Freihandelsabkommen rundweg abgelehnt hat. Stattdessen wird umso eifriger das TTIP-Abkommen vorangetrieben, dessen Inhalt streng geheim gehalten wird. Selbst unsere Abgeordneten dürfen es nur in Auszügen lesen, wobei es sogar untersagt ist, Notizen zu machen.

Den guten Namen Polens schützen

In Polen gibt es den „*Verein zum Schutze des guten Namens Polens*“. Er ist bei der neuen, eher rechtsgerichteten Regierung von Beata Szydło (PiS) gern gesehen. Ihr Vorsitzender Swirski ist Berater des Kulturministers Glinli. Hauptsächlich wehrt sich der Verein gegen die Thesen des Historikers Tomasz Gross, der seinen Landsleuten wiederholt antisemitische Regungen vorgeworfen hat. Eine seiner zugespitzten Thesen lautet, die Polen hätten „*während des Zweiten Weltkrieges mehr Juden umgebracht als Deutsche*“. Selbstverständlich erinnert Gross seine Landsleute auch an die Pogrome nach dem Kriege. Im Internet wird nun gefragt, ob Prof. Gross der Verdienstorden der Republik Polen wieder aberkannt werden sollte.

Dazu wird es vermutlich nicht kommen, denn in der öffentlichen Diskussion zeichnet sich die Absicht ab, gegen das schlechte Bild Polens lieber mit Propaganda vorzugehen. So hält Beata Szydło auch einen Film „im Stile Hollywoods“ für das beste Mittel aktiver Geschichtspolitik. Als Vorbild nannte sie (wie peinlich!) den ZDF-Film „Unsere Mütter, unsere Väter“.

Mit solchen Methoden mag man in der breiten Öffentlichkeit vielleicht erfolgreich sein, strenger wissenschaftlicher Beurteilung können sie aber nicht standhalten. Wenn der o.g. Verein ehrlich ist, wird die Lösung der selbstgestellten Aufgabe nicht ganz einfach sein, denn die Geschichte Polens ist ambivalent.

Zwar musste Polen durch die drei Teilungen schwere Demütigungen hinnehmen und zu Recht galten polnische Freiheitskämpfer und Exulanten vor rd. 200 Jahren etwa am Hambacher Fest (1832) als wahre Kultfiguren. Seinen Freiheitswillen hat Polen auch unter dem Kommunismus mit der Gründung der Gewerkschaft Solidarnos bewiesen.

Aber die polnische Geschichte erschöpft sich nicht darin.

Zu nennen sind die bereitwillige Besetzung des „Korridors“ nach dem Ersten Weltkriege und die oft menschenverachtende Ausgrenzung der dort lebenden Volksdeutschen. Ein besonders abstoßendes Kapitel ist die anmaßende Behandlung Danzigs. Was den polnischen Antisemitismus betrifft, sei noch an das Jahr 1938 erinnert, als sich Polen weigerte, „seine“ in Deutschland lebenden Juden zurückzunehmen. Nach dem Zweiten Weltkrieg kannte Polen keine Skrupel, weitere Teile des Deutschen Reiches zu annektieren und deren deutsche Einwohner zu vertreiben. Da spielte auch Polens angespanntes Verhältnis zu Russland hinein. So überschritt Polen 1920 die Curzon-Linie und annektierte weite Teile Russland. Als sich Stalin diese Landstriche 1945 wieder zurückholte, beanspruchte man für diesen angeblichen „Verlust“ die Oder-Neiße-Gebiete und erhielt sie. Der obengenannte „Verein zum Schutz des guten Namens Polens“ dürfte, Wahrheitsliebe vorausgesetzt, vor fast unlösbaren Aufgaben stehen.

(Grundinformation: Stefan Stach, Wir brauchen eine schönere Historie, FAZ, 25.2.2016)

Ein „Experte“ mit erschreckenden Wissenslücken

Am 18. Feber 2016 fand im Wiener Volkskundemuseum ein Zeitzeugengespräch zum Thema „Vertriebene und Verbliebene – CSR 1937 – 1948“ statt. Die Veranstaltung erfreute sich finanzieller EU-Förderung und wurde von **Mag. Dr. Georg Traska**, Mitarbeiter am Wiener Institut für Kultur- und Theaterwissenschaften, geleitet. Traska ist gebürtiger Salzburger und trotz seines Alters von 48 Jahren leider noch nicht am Ende seiner Lehrzeit angekommen, denn im Laufe der Veranstaltung musste er haarsträubende Wissenslücken eingestehen.

Fremd waren ihm z.B. die französisch-britisch-tschechoslowakische Vereinbarung vom 22.9.1938 über die Abtretung sudetendeutscher Gebiete und der völlige Ausschluss der deutschen Bevölkerung



Dr. G.Traska

1918 bei der Gestaltung der Verfassung und des Staatsnamens. Ebenso unbekannt war Dr. Traska die völlige Vorenthaltung der in St. Germain 1919 zwingend für die deutsche Bevölkerung versprochenen Autonomieregelung nach Schweizer Muster, die willkürliche Verteilung der Masse des deutschen Großgrundbesitzes an fast nur tschechische Bauern und viele andere Vorgänge mehr, die die deutschen Bewohner in den böhmischen Ländern und in der Slowakei diskriminierten und das Klima vergiftet hatten.

Immerhin erwies sich diese Veranstaltung insofern als nützlich, als sich Dr.Traska lernwillig zeigte und eine offene Diskussion zuließ. Uns zeigt sie aber, wie notwendig die sudetendeutschen Bildungsmaßnahmen nach wie vor sind. (Quelle: SdP Österreich vom 22.2.16)

Die Vergangenheit holt Großbritannien ein!

Das Ziehen von Schlussstrichen ist schwieriger als gedacht!

England hat sich im Laufe der Jahrhunderte ein riesiges Weltreich zugelegt. Da die dabei angewandten Methoden nicht sehr zartfühlend waren, erheben sich immer wieder Stimmen, die Wiedergutmachung fordern. So verlangte der indische Politiker Shasi Tharoor im Vorjahr Reparationsleistungen Englands an die ehemaligen britischen Kolonien, denn deren Ausplünderung sei 200 Jahre lang die Grundlage für Englands Weltmachtrolle gewesen (PAZ, 22.8.2015, S.6).



Cecil Rhodes

Eine neue Runde in diesem Spiel läuteten jetzt aufmüpfige Studenten in Oxford ein. Ihr Feindbild ist Cecil Rhodes (1853-1902), der in Südafrika ergiebige Diamanten- und Goldminen besaß. Ihn klagen die jungen Leute des ausbeuterischen Kolonialismus an und verlangen die Beseitigung seiner Statue am Oriol College, wo er sein Jurastudium absolviert hatte. Ihr Schlachtruf lautet „Rhodes must fall!“, ungeachtet der Tatsache, dass die Rhodes-Stiftung immer 200 Stipendien vergibt (darunter auch an den späteren US-Präsidenten Bill Clinton).

Zum Protest gehörte auch ein „Die in“ (Sterbe-Schauspiel) auf dem Rasen vor dem Sitz der Rhodes-Stiftung zum Gedenken an die schwarzen Opfer des Imperialismus.

Nicht besser geht es Christopher Codrington, einem Plantagenbesitzer. Die von ihm gestiftete Bibliothek am Oxforder All Souls College müsse umbenannt und seine Statue entfernt werden. Zu den Rednern gehörten südafrikanische und jamaikanische Studenten, die sich als Nachkommen versklavter Farbiger zu erkennen geben.

Auch Cambridge wurde von der Protestwelle erfasst. Dort musste eine Skulptur, die 1897 im Königreich Benin von den Briten erbeutet worden war, aus dem Speisesaal eines Colleges entfernt werden und könnte demnächst an die Regierung Nigerias zurückgegeben werden.

Als von den Tschechen Vertriebene und Entrechtete lernen wir daraus, dass für Kolonialmächte das Ziehen von Schlussstrichen gar nicht so einfach ist. Da uns Vojmir Simonek, Chefredakteur der gewerkschaftlichen Volkszeitung, am 10.5.1968 bestätigt hat, in der Ersten CSR auf dem Niveau einer ausgebeuteten Kolonie gehalten worden zu sein, sollten wir unsere Hoffnung auf Gerechtigkeit nicht leichtfertig aufgeben. Allerdings fehlen uns noch die dafür zuständigen aufmüpfigen Studenten (Quelle: Gina Thomas, FAZ, 12.3.2016, S.9)!

Das Weihnachtsfischgeld

Staatsangestellten gewährte das alte Österreich kein üppiges, aber doch ein regelmäßiges Einkommen. Am unteren Ende der Einkommensskala standen die Amtsdienere. Ihnen kam Vater Staat aber zu Weihnachten besonders entgegen, indem er ihnen ein sog. *Weihnachtsfischgeld* gewährte. Damit sollte es dieser Personengruppe leichter fallen, ihren Speisezettel zu Weihnachten mit einem traditionellen Karpfengericht zu bereichern.

In der neu geschaffenen tschechoslowakischen Republik gab es diese Gratifikation zunächst nicht. Aber als 1929 das Kabinett Udrzal ins Amt kam, führte es im ersten Überschwang für seine Beamten das zu Weihnachten fällige 13. Monatsgehalt ein. Voll ausgezahlt konnte es aber nur 1930 werden. 1931 trat schon eine Kürzung um 30 % in Kraft und 1932 wurde es ganz eingestellt.

Einen gewissen Ersatz schuf man dafür allerdings mit der Wiedereinführung des „Weihnachtsfischgeldes“. Dieses blieb aber nicht, wie früher, auf die unteren Gehaltsstufen beschränkt, sondern kam allen zu gute. Den Beamten wurde vor Weihnachten ein geschlossener Briefumschlag auf den Schreibtisch gelegt. Er enthielt einen gewissen Geldbetrag, über dessen Höhe der Empfänger zum Schweigen verpflichtet war. Die CSR wäre aber nicht die CSR gewesen, wenn es dabei keine Schwindeleien gegeben hätte. Da es für die Höhe der Beträge keine gesetzliche Grundlage gab, konnten sich Ministerialbeamte und Amtsvorstände über ganz erhebliche Beträge freuen. Für die anderen fielen meist nur Brosamen ab. Natürlich wurde auch nach Nationalitäten unterschieden. Deutsche und ungarische Bedienstete erhielten weniger als ihre tschechischen Kollegen gleichen Ranges. So wurde das Vertrauen der Sudetendeutschen in den Staat wieder ein Stückchen weiter untergraben.

(sh. Luschka, Bohemia 3)

Die Welt verstehen!

Interessantes in Kürze:

1. Rudolf Augstein lehnte Konrad Adenauer ab, weil dessen Politik der Westbindung zum endgültigen Verlust der deutschen Ostgebiete führen müsse (Franziska Augstein, Tochter, in ZdF-alpha, 18.2.2016)
2. Als Pilsen im Vorjahr Kulturhauptstadt Europas war, betreute das CeBB (Centrum Bayern-Böhmen) dort rund 60 Veranstaltungen. Einige davon werden zu den zehn Höhepunkten des Kulturjahres gezählt. Die Geschäftsstelle des CeBB befindet sich in Schönsee bei Regensburg (Dingolfinger Anzeiger 20.2.2016).
3. Diether Dehm, MdB (Die Linke) beschäftigt Christian Klar, Mitglied der RAF, als Internet-Operator. Klar wurde 1985 wegen Beteiligung an neun Morden (auch Schleyer) zu fünfmal lebenslänglicher Haft verurteilt. 2008 kam er aufgrund eines umstrittenen Gnadenaktes wieder frei (JF, nach Kopp-online, 19.02.2016).
4. Ein malaysisches Gericht hat den Ex-Präsidenten George W. Bush und sieben seiner früheren Mitarbeiter wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt (Netzseite Gegenfrage, 13.5.2012).
5. Fünf mögliche Zeugen im NSU-Prozess um den Heilbronner Polizistenmord sind tot. Die Leiche des fünften wurde am 8. Februar 2016 gefunden. Die Karlsruher Staatsanwaltschaft nimmt Selbstmord an (PAZ 26.2.16, S. 3).
6. Rund 45.000 Tschechen arbeiten in der Bundesrepublik. Der Anreiz besteht in den unterschiedlichen Mindestlöhnen. In der CR beträgt er umgerechnet 2,18 Euro, bei uns 8,50 Euro (PAZ, 19.2.16, S. 7).
7. Der Parlamentarische Rat wollte 1949 keinen neuen Staat errichten, sondern das Grundgesetz als Reorganisation eines Teilbereiches des deutschen Staates begreifen (BVerfGE 77,137 vom 21.10.1987).
8. Ernst von Weizsäcker, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, hatte, als er am 15.11.1938 in Paris weilte, eine Ahnung: Er plädierte für die Abschiebung der in Deutschland noch verbliebenen 500.000 Juden, andernfalls drohe "über kurz oder lang deren vollständige Vernichtung" (Matsch, Erwin, Internationale Politik, Bd.II,2, S. 1129).
9. Der Europäische Gerichtshof verabschiedet sich allmählich auch von der Illusion eines einheitlichen Europäischen Rechtsraums. So untersagte er kürzlich die Auslieferung zweier Osteuropäer an ihre Heimatländer wegen der dort herrschenden menschenunwürdigen Haftbedingungen (FAZ, 6.4.2016, S. 8).
10. In Gablonz soll eine Nachbildung der Ritterstatue Rüdigers von Bechlarn errichtet werden. Das Original wurde 1945 gestürzt und 1968 an die vertriebenen Gablonzern verkauft. Seither steht es in Neugablonz,
11. Milos Zeman, der tschechische Staatspräsident, begann einen Flirt mit China. Beim Staatsbesuch des chinesischen Staats- und Parteichefs Xi Jinping im April waren die Straßen aufdringlich beflaggt. Geplant sind chinesische Investitionen in der CR, die damit zum Vorposten Chinas in der EU werden könnte (SdZ, 8.4.16).
12. In den USA werden Donald Trump nur geringe Chancen auf das Präsidentenamt eingeräumt, weil er keiner Geheimgesellschaft angehöre. Auch die Banken lehnen ihn ab, weil er die Staatsverschuldung verringern will und ihnen dadurch bequeme Zinseinnahmen entzöge (PAZ, 22.4.2016, LB. S.12)
13. Horst Teltchik gehörte 1990 zu den Begleitern Kohls und Genschers bei den Gesprächen mit Gorbatschow. Als dieser den Deutschen die Rückgabe Ostpreußens anbot und Teltchik Genscher riet, davon die Tschechen und Polen zu unterrichten, sagte Genscher zu Teltchik: „Sie halten den Mund!“ (PAZ, 15.4.16, S. 12).

Die Grosskundgebung am 20. Oktober 1934 in Böhmisches Leipa

Die Sudetendeutsche Heimatfront (SHF) wurde am 1. Oktober 1933 in Eger gegründet. Wirklich bekannt wurde sie einer breiten Öffentlichkeit aber erst mit der Großkundgebung am 20. Oktober 1934 in Böhmisches Leipa. Rund 40.000 Zuhörer waren versammelt und wurden Zeugen, wie Konrad Henlein sein Parteiprogramm vorstellte und damit sozusagen den Wahlkampf für die „Erdrutschwahlen“ vom 20. Mai 1935 einleitete.



Das war Franz Mays Werk: Großkundgebung 1934 in Böhmisches Leipa!

Dieser Mann hieß **Franz May**. Franz May war ein Bauernsohn aus Warnsdorf-Niedergrund und wurde an der höheren Gartenbauschule Eisgrub zum Landschaftsgärtner ausgebildet. Sein Betätigungsfeld erstreckte sich über ganz Nordböhmen. Als er erkannte, dass mit Benesch die Vernichtung des Sudetendeutstums drohte, schloss er sich dem Bund der Deutschen in Böhmen und der sudetendeutschen Turnerschaft an. Ohne Zweifel konnte er bei der Organisation der Großkundgebung in Böhmisches Leipa auf der Erziehungsarbeit der sudetendeutschen Turnvereine aufbauen. Gegenüber dem Turnfest 1933 in Saaz war Böhmisches Leipa aber eine vorher unvorstellbare Steigerung! Henlein und seine Mitstreiter hatten mit dem Parteiprogramm sicherlich die geistige Grundlage für den späteren Erfolg geschaffen. Den öffentlichen Rahmen, in dem das Programm zur Wirkung kam, hatte nur Franz May geschaffen! Nach Böhmisches-Leipa wurde auch den verbohrtesten Tschechen klar, dass man das Sudetendeutstum ernst nehmen musste.

Nach den Wahlen vom 20. Mai 1935 zog Franz May auch in das Prager Parlament ein. Er vertrat mit dem Wahlkreis Böhmisches-Leipa den größten Wahlkreis der CSR. Im Parlament widmete er sich vor allem den sozialen Belangen der vielfach hungernden Sudetendeutschen.

1945 geriet Franz May bei Komotau in tschechische Haft. Dort gab er sich als Forstgehilfe Franz Martinek aus. Die Tschechen erkannten ihn nicht und von seinen deutschen Bekannten im Lager wurde er gedeckt. Zu Recht sah man darin ein Zeichen einstiger Geschlossenheit und moralischen Hochstandes unserer Volksgruppe! Obwohl „Franz Martinek“ für die Tschechen ein unbeschriebenes Blatt war, wurde er schwer misshandelt. Er erlitt Nierenschäden, die ihn nach der Vertreibung immer wieder zu Krankenhausaufenthalten in München zwangen. Ende 1969 verstarb er, 66 Jahre alt, an einem Gelbsuchtanfall. An seiner Beerdigung nahmen zahlreiche Witikonen teil. Sein früherer Parlamentskollege, Dr. Hans Neuwirth, sprach am Grabe ehrende Worte.

(Portraitzeichnung aus: Konstantin Höß, Die SdP im Parlament 1935/36, Karlsbad 1937, S. 195)



Franz May,
alias Franz Martinek

Wussten Sie schon, dass

die Zahl der Haare eines Menschen von der Haarfarbe abhängt? Blonde und Blondinen haben auf ihren Häuptern rd. 150.000 Haare, Schwarzhaarige rd. 110.000 und Rothaarige rd. 90.000 (ZDF, 9.4.2016).

***Bitte immer an die Mitgliederwerbung denken!
Es gibt mehr Interessenten als Du vermutest!***

Neues zu Tomas Masaryks Vater

Über die Herkunft Tomas Masaryks wurde schon viel geschrieben. Offiziell gilt der Kutscher Josef Masaryk als sein Vater (Name von ts. maso= Fleisch, also Fleischer). Er hat am 15. August 1849 die um zehn Jahre ältere Herrschaftsköchin Therese Kropaczek geheiratet. Tomas wurde am 7. März 1850 geboren. Als biologischer Vater wird auch ein gewisser Redlich genannt.



Therese Masaryk,
geb. Kropaczek

Noch interessanter sind jedoch die Angaben des tschechische Philosophieprofessors Karel Macha. In seiner 1987 erschienenen tschechischen Philosophiegeschichte (Glaube und Vernunft, Bd. II, S. 144, Anm. 18) trägt er Indizien für eine Vaterschaft Kaiser Franz Josef I. zusammen. So habe der junge Kaiser nachweislich in der fraglichen Zeit in dieser Gegend an einem Manöver teilgenommen, aber sonst bleiben Machas Ausführungen etwas vage und sprechen nur von einer unsichtbaren Hand im Hintergrund, die Tomas M. auf geheimnisvolle Weise gefördert habe.

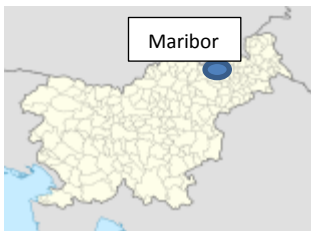
Konkreter werden der frühere tschechische Botschafter in Bonn, Jiri Grusa (†), (Benesch als Österreicher, S. 58) und Jakub Siska, letzterer auf der Heimseite „Radio Prag“.

Als der pubertierende Knabe Tomas schulmüde war, begann er in Göding eine Lehre als Schmied. „Zufällig“ kam „ein Schulinspektor“ (Siska) in das Dorf und überredete Masaryk zum Weitermachen. Kurz vor der Matura wurde Masaryk gegen einen seiner Lehrer handgreiflich. Es folgte unausweichlich das *consilium abeundi*, und zwar für alle Schulen der Monarchie. Dennoch finden wir Masaryk drei Wochen später an einer Eliteschule Wiens, wo er maturierte. Die Aufhebung eines *consilii abeundi* war nur durch höchste Protektion möglich. Als Vermittler tritt der Polizeidirektor Brünns in Erscheinung, der kurz darauf „zufällig“ zum Polizeidirektor Wiens aufstieg. Erstaunlich auch, dass der Sohn eines unbedeutenden Kutschers aus der Provinz im Haus des Wiener Eisenbahnmagnaten Schlesinger aufgenommen und mit einem Taschengeld von mtl. 100 Gulden versorgt wird, womit er einkommensmäßig einem Bezirkshauptmann gleichgestellt war. So machte sich die von Macha erwähnte „unsichtbare Hand“ aus dem Hintergrund bemerkbar.

Zu den stärksten Indizien für die kaiserliche Herkunft Masaryks gehört allerdings ein vor etwa fünfundzwanzig Jahren gemachter und bis vor kurzem zurückgehaltener Fund eines Professors Otakar Funda. Dieser entdeckte im Tagebuch des Kaisers die Notiz „**Kropaczek erl.**“, wobei er „erl.“ als „erledigt“ deutete. Der Eintrag erfolgte bald nach dem Heiratstermin Thereses und könnte bedeuten, dass der Kaiser eine Verbindlichkeit abgelöst hat. Prof. Funda hat diesen Fund etwa zwanzig Jahre lang zurückgehalten, weil ihm die Zeit dafür noch nicht reif zu sein schien. (F.V.)

Der Marburger Blutmontag

Maribor (einst Marburg an der Drau) ist heute die zweitgrößte Stadt Sloweniens. Nach dem Ersten Weltkrieg war sie noch zu 80 % deutsch und gehörte zur Untersteiermark. Doch bei der Auflösung der Donaumonarchie ergriffen slowenische Truppenteile des in Marburg stationierten Landsturms die Macht und setzten die deutsche Stadtverwaltung ab. Als slowenische Unterhändler in Paris gefälschte



Slowenien

Landkarten vorlegten, hatte auch ein deutscher Hilferuf das Ohr Präsident Wilsons erreicht. So ordnete er für den 27. Jänner 1919 die Entsendung einer Untersuchungskommission an, um den nationalen Charakter dieses Landesteiles zu prüfen.

Am festgesetzten Tag versammelten sich die Deutschen der Stadt österreichische Fähnchen schwingend am Marktplatz. Die Häuser waren mit den Fahnen Österreichs beflaggt und über der Zufahrtsstraße zum Marktplatz hing ein Transparent mit der Aufschrift: „*Der Güter höchstes dürfen wir verteidigen gegen Gewalt*“. So hofften sie, die Kommission vom deutschen Charakter Marburgs überzeugen zu können.

Die Slowenen hatten aber anderes vor. Sie empfingen die amerikanisch-britische Delegation schon vor den Toren der Stadt und führten sie in ein etwas abgelegenes Haus. Dort bewirtete man sie aufs Verschwenderischste und unterhielt sie mit Musik und Tanz. In der Zwischenzeit feigten slowenische Soldaten die wartende Menschenmenge mit Maschinengewehrfeuer vom Marktplatz und rissen das Transparent und die österreichischen Fahnen herunter. Dreizehn (13) Tote und sechzig (60) Verwundete bezahlten ihren Wunsch, Deutsche zu bleiben, mit ihrem Blute.

Als eine Stunde später die Autokolonne der Delegation durch die Stadt fuhr, waren die Straßen menschenleer und jedes Zeichen eines nationalen Bekenntnisses fehlte. Die Stadt wurde dem Deutschtum entrissen.

Fünf Wochen später bezahlten 54 Sudetendeutsche ihr nationales Bekenntnis ebenfalls mit ihrem Leben. So endete für sie und für Millionen andere Deutsche der Traum vom Selbstbestimmungsrecht. (Quelle: Wenzel Jaksch, Europas Weg nach Potsdam, S. 207)

Ein kluger Gedanke und schon bist Du rechtsradikal!

Tschechen und Deutsche

Im Jahre 1967 erschien in der Nymphenburger Verlagshandlung das 662 Seiten umfassende Buch „Tschechen und Deutsche 1918-1938“ von J.W. Brügel. Dr. Fritz Köllner hat es sofort rezensiert und seine Beurteilung dem Witikobrief für die Folge 6/1967, S. 11-15 zur Verfügung gestellt. Köllner war einer der engsten Mitarbeiter Konrad Henleins und daher für diese Aufgabe prädestiniert.



Dr. Fritz Köllner

Hier sein Urteil:

Brügel, von 1930 bis 1938 Sekretär des sozialdemokratischen Ministers Czech, begründete die Herausgabe seines Buches mit dem Fehlen eines „unvoreingenommenen“ Buches über die Ereignisse der Jahre 1918 bis 1938 in deutscher Sprache. Um es vorweg zu nehmen: Es ist **kein „unvoreingenommenes“ Buch**, es ist die Darstellung der Ereignisse aus der damaligen rein parteipolitischen Sicht der sudetendeutschen Sozialdemokraten, die dem damaligen partei-

politischen Gegner auch nicht ein Quäntchen Gerechtigkeit widerfahren lässt.

Das Buch ist eine Verteidigung des Tschechoslowakismus, der tschechoslowakischen Demokratie und vor allem eine Rechtfertigung für Dr. Benesch. Brügel betont, die Sudetendeutschen seien keineswegs unterdrückt worden, die innenpolitischen Verhältnisse im Staat seien durch die Anwendung der Demokratie, trotz gewisser „Schönheitsfehler“, geordnet gewesen, und die Sudetendeutschen hätten eigentlich gar keinen Anlass für wirklich begründete Beschwerden gehabt. Wenn sich die Tschechoslowakei nicht zu einem Paradies für die Sudetendeutschen entwickelt habe, so seien daran ausschließlich die sudetendeutschen „Nationalisten“ und nach 1933 in erster Linie Adolf Hitler schuld.

Brügel teilt zur besseren Unterscheidung die Sudetendeutschen in gute und böse ein. Die Guten sind die Anhänger des Tschechoslowakismus, die für Benesch und dessen Demokratie bis zum letzten Augenblick kämpften, es waren die „militanten Formationen der Republikanischen Wehr“, die mit der Waffe in der Hand für die Aufrechterhaltung der „nationalen Fremdherrschaft“ (so Seliger am 2. 6. 1920) eintraten. Die Bösen sind von Lodgman bis Henlein alle, die die Segnungen der tschechoslowakischen Demokratie nicht annehmen wollten und für die Beseitigung des Prinzips des tschechischen Nationalstaates und für volle Gleichberechtigung der Sudetendeutschen kämpften. Zur Unterstützung seiner Thesen führt Brügel sehr viele Zitate **reichsdeutscher Diplomaten** von 1918 bis 1938 an, von denen die bis zum Jahre 1936 bisher unveröffentlicht waren. Der Tendenz des Buches entsprechend sind nur solche Zitate wiedergeben, die dem Verhalten der tschechischen Regierung gegenüber den Sudetendeutschen volles Verständnis entgegenbringen und unterstützen, während die Forderungen der sudetendeutschen „nationalistischen“ Politiker abgelehnt werden, weil diese übertrieben, nicht erfüllbar und bei der Mentalität des tschechischen Volkes nicht durchsetzbar seien. Obwohl sich die Diplomaten in die inneren Verhältnisse des Staates nicht einmischen durften,

ist es nicht uninteressant, nachträglich zu lesen, wie sie alle - einschließlich Eisenlohr - **bis Juni 1938 eine Politik zugunsten des tschechischen Nationalstaates** trieben. Brügel bringt ferner zahlreiche Zitate aus Reden und Schriften Beneschs, in denen er den Sudetendeutschen versichert, dass sie bereits im Besitze der vollen Gleichberechtigung seien oder dass es seine Absicht sei, diese zu verwirklichen, so fern dies noch nötig sei. Wenzel Jaksch wird fast nur zitiert, wenn er für Benesch oder die tschechische Demokratie eintritt.

Auf der anderen Seite verschweigt Brügel alle Dokumente, aus denen etwa der Wille des Sudetendeutschums nach Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes hervorgeht oder die berechnete Forderungen und Beschwerden enthalten. Er behauptet, dass 1918 zahlreiche sudetendeutsche Städte und Gemeinden die Besetzung durch tschechische Truppen verlangt hätten (S. 59), verschweigt aber alle Kundgebungen und bewaffneten Aktionen, die sich gegen die tschechische Besetzung richteten. Er hält die staatsrechtlichen Erklärungen **Lodgmans** vom 1. 6. 1920 und **Seligers** vom 2. 6. 1920 im Prager Parlament nicht für würdig, zitiert zu werden, obwohl dort u.a. gesagt wird, dass „die deutschen Sozialdemokraten unverbrüchlich und unverrückbar am Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes festhalten.“ Brügel ist dazu lediglich der Meinung, dass „diese pathetischen Schwüre, niemals das Verlangen nach dem Selbstbestimmungsrecht aufzugeben, am nächsten Tag oder schon am gleichen Tag vergessen waren, weil sie im luftleeren Raum abgegeben waren.“ Man wird hören, was diejenigen Sudetendeutschen zu dieser Diffamierung Seligers sagen, die sich unter seinem Namen zusammengeschlossen haben (=Seligergemeinde, d. Red.). Brügel verzichtet auch auf die Zitierung der damals streng geheim gehaltenen Denkschrift der aktivistischen Minister vom 8. 2. 1937, weil der neutrale Leser daraus hätte die brennenden Forderungen der Sudetendeutschen nach zwölfjähriger Regierungsbeteiligung herauslesen müssen. Er verzichtet auch, trotz seiner sonstigen Zitatensfreudigkeit, auf die Zitierung des Regierungskommuniquees vom 18. 2. 1937, weil die Ärmlichkeit der unverbindlichen Zusagen zu enttäuschend wäre und der neutrale Leser beim Vergleich der beiden Dokumente sich einen Begriff von der Kluft machen könnte, die die Anliegen auch der aktivistischen Parteien von der Bereitschaft zu Zugeständnissen durch die Regierung trennte. Brügel zitiert auch nicht die Beschwerdeschrift, die **Wenzel Jaksch** im Feber 1938 Benesch überreichte, um ihm nachzuweisen, in welcher Weise die „Vereinbarung“ vom 18. 2. 1937 während des ganzen abgelaufenen Jahres von der tschechischen Bürokratie vernichtend sabotiert worden war. Die Antwort Beneschs: „Das hat Zeit bis zum Ende meiner zweiten Wahlperiode (1949)“ ist inzwischen durch Jaksch bekannt geworden.

Es passt auch nicht in Brügels Konzept, etwa aus der Rede Jakschs vom April 1938 im Prager Parlament zu zitieren, wo Jaksch feststellte, dass immer noch auf **100 Arbeitslose im tschechischen Gebiet 280 Arbeitslose im sudetendeutschen Gebiet** (also die dreifache Anzahl) kommen. Jaksch wörtlich: „Nur durch die Lösung des nationalen Problems kommen wir zur Lösung der sozialen Frage. . . . Man muss den Mut haben, auch den tschechischen Genossen einmal unverblümt zu sagen: Ihr habt zugunsten Eurer tschechischen Genossen eine Arbeitsverteilungspolitik getrieben, die den deutschen Arbeiter und Arbeitslosen schwer schädigte. Ihr müsst wieder gut machen, was Ihr gesündigt habt! Wir Sudetendeutschen aber haben keinerlei weitere Zugeständnisse zu machen, wir haben lediglich die Wiedergutmachung angetanen Unrechts zu fordern!“ Das klingt nicht sehr nach „Sozialistischer Internationale“. Das war aber schon nach dem 26. März 1938, an welchem Tag Czech in der Parteiführung durch Wenzel Jaksch „aus gesundheitlichen Gründen“ abgelöst wurde und als Minister demissionierte. In Wirklichkeit war Czech nach der „Fahnenflucht“ (so Brügel) der bürgerlichen Aktivisten von der tschechischen Koalition ausgebootet worden, weil er nur noch Belastung war. Die Behauptung Brügels, die Nichtberufung Jakschs zum Minister sei auf „nationalsozialistische Einschüchterungsmanöver und Erpressungen“ zurückzuführen, ist ein Märchen. So etwas hätte sich auch ein Hodza nicht bieten lassen.

Brügel hält es nicht für nötig, Zahlen über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit und über das Anwachsen der Industriefriedhöfe im deutschen Gebiet zu bringen. Er sagt nur: „Im Sommer 1938 gab es trotz der politischen Unrast im deutschen Siedlungsgebiet kaum mehr eine größere Arbeitslosigkeit.“ Entgegen dieser Behauptung Brügels muss festgestellt werden, dass im März 1938

<p>Dr. jur. Fritz Köllner (1904-1986), geb. in Karlsbad, fand über Wandervogel und Kameradschaftsbund zu Henlein.. Bald dessen enger Mitarbeiter. Vorturner und Dietwart im Deutschen Männerturnverein Prag. 1935 bis 1938 Abgeordneter in Prag und von 1938 bis 1945 im Reichstag zu Berlin. Danach zehn Jahre Zwangsarbeit im tschechischen Uranbergbau.</p>
--

die zwölf Bezirke mit der größten Arbeitslosigkeit (16 bis 23 Prozent) im rein deutschen Gebiet lagen und die zwölf Bezirke mit der geringsten Arbeitslosigkeit (1 bis 2 Prozent) dagegen im rein tschechischen Gebiet. In den Monaten des Sommers hat sich diese Lage kaum verändert, da es weder eine Bau- noch eine Industriebelebung gegeben hat. Bei Brügel kann man auch nicht lesen, dass trotz und entgegen der Vereinbarung vom 18. 2. 1937 in der Zeit vom 1. 3. 1937 bis 20. 1. 1938 in den deutschen Gebieten wiederum 70 Prozent aller öffentlichen Aufträge an rein tschechische Unternehmer vergeben wurden.

Brügel hält weiters die Unterstützung der Arbeitslosen nach dem „Genter System“ (Auszahlung der staatlichen Unterstützung durch die Gewerkschaften zwecks Sicherung deren Existenz) für zweckmäßig und lobt seinen Minister Czech für die Einführung der „Ernährungsaktion“ (Czechkarte). Das sah in der Praxis so aus, dass z. B. von 797.000 Arbeitslosen am 1. 1. 1936 nur 201.000 die staatliche Arbeitslosenunterstützung erhielten, während die anderen 600 000 auf die „Czechkarten“ angewiesen waren. Das waren Gutscheine für Lebensmittel im Betrage von Kc 20.— (RM 2.50) pro Woche für Verheiratete und Kc 10.— (RM 1.25) für Ledige. Aber nicht alle Arbeitslosen erhielten eine Czechkarte. So erhielten im Bezirk Deutsch-Gabel im Jänner 1937 von insgesamt 5976 Arbeitslosen nur 2432 Unterstützung nach dem Genter System, 946 erhielten die Czechkarte und die verbleibenden 2378 erhielten überhaupt keinerlei Unterstützung (cf. „Sozialdemokrat“ vom 12. 2. 1937).

Brügel bringt, wie wir gesehen haben, wenig Zahlen. Wenn er aber solche bringt, .dann sieht es so aus: Im Jahre 1910 lebten nach Brügel im Bezirk Reichenberg 26 Prozent Tschechen. Nach der amtlichen Statistik waren es aber nur 6,8 Prozent. Für den Bezirk Gablonz gibt Brügel die Zahl von 25 Prozent an, während die amtliche Ziffer 6,7 Prozent ist. Bei einer solchen Differenz kann man kaum noch von einem Versehen sprechen, hier ist die Absicht unverkennbar.

Besonders schwer tut sich Brügel bei der Verteidigung der von Benesch stammenden Memoires an die Friedenskonferenz. Er kann die Fälschungen in diesen nicht ableugnen, er kann sie nur verharmlosen. Um die Zusage Beneschs, im neuen Staat ein „Regime ähnlich dem der Schweiz“ einzurichten, zu entkräften, versucht er dem Leser einzureden, dass die Rechte der Sudetendeutschen, die ihnen die tschechische Verfassung und Gesetze gaben, sehr viel größer gewesen seien, als ihnen nach einer Kantonalverfassung nach Schweizer Muster hätten geboten werden können. Der Mut zu einer solchen Behauptung ist beachtlich. Wenzel Jaksch war da zweifellos ehrlicher, als er nach der Dezimierung seiner Anhängerschaft bei den Gemeindewahlen im Mai 1938 jede Art von Autonomie, auch eine Art Kantonalverfassung, mit der Begründung ablehnte, dass diese autonomen Gebiete dann von den Vertretern der Sudetendeutschen Partei regiert würden, die „damit in die Lage käme, andere zu unterdrücken“.

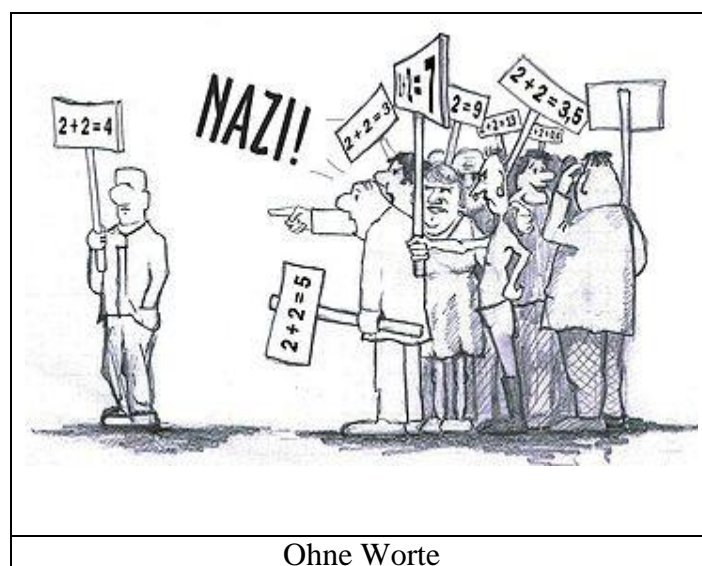
Sehr aufschlussreich sind die Abschnitte des Buches, die Brügel der Frage der reichsdeutschen Emigranten in der Republik widmet (S. 226), und in denen er die Identifizierung seiner Partei mit der Emigration begründet. Dass die sudetendeutschen Sozialdemokraten ihren Parteigenossen aus dem Reich jede mögliche Hilfe angedeihen ließen, war eine menschliche Pflicht und wurde von jedermann verstanden. Als die Partei jedoch den politischen Kampf der Emigranten gegen das Regime des Reiches zu ihrem eigenen machte, stellte sie die Sudetendeutschen vor eine Gewissensfrage. Dem Grenzgänger, der drüben Arbeit und Brot hatte, dem Besucher Deutschlands, etwa bei der Olympiade im Jahre 1936, stellte sich die Lage im Reich so dar, dass sich das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit mit dem Nationalsozialismus identifizierte. Die Sudetendeutschen aber hatten, auch wenn sie sich mit dem Verbleiben in der Republik abgefunden hatten, nie aufgehört, sich als Teil des deutschen Volkes zu fühlen. Sie mussten deshalb den Kampf gegen das Regime des Reiches als Angriff gegen das deutsche Volk und Reich empfinden. Dieser Kampf wurde von der überwiegenden Mehrheit des Sudetendeutschtums abgelehnt. Es muss heute rückblickend als Tragik bezeichnet werden, dass durch diese Entwicklung nicht nur die Kluft zwischen Links und Rechts im Sudetendeutschtum, sondern auch die Kluft zwischen Sudetendeutschen und dem tschechischen Volk so vertieft wurde, dass die auch von Henlein angestrebte innenpolitische Lösung immer schwieriger wurde.

An den Beginn seiner Kapitel über Konrad Henlein und die Einigungsbewegung stellt Brügel gleich eine Verleumdung: Henlein habe seine tschechische Mutter verleugnet (S.238). Abgesehen davon, dass es bei den Sudetendeutschen keinen „Germanenpass“ gegeben hat und sich weder ein Deutscher seiner tschechischen Vorfahren noch ein Tscheche seiner deutschen Vorfahren schämte, war nicht

Henleins Mutter eine Tschechin, sondern Henleins Großvater mütterlicherseits war Tscheche. Dieser kam in seiner Jugend zu Ginzkey nach Maffersdorf, wo er sich „eindeutschte“, deutsch heiratete und die Kinder deutsch erzog. Henleins Eltern waren allen Menschen seiner Umgebung gut bekannt, er weilte oft bei ihnen und sie nahmen an vielen Veranstaltungen, bei denen ihr Sohn auftrat, in der Umgebung von Reichenberg und Gablonz teil. Sie wurden überall geachtet und verehrt.

Brügel übernimmt die in den letzten Jahren in allen Prager Publikationen wiederkehrende Behauptung, Henlein sei von Anbeginn seiner politischen Tätigkeit ein Werkzeug und verlängerter Arm Hitlers gewesen. Er bringt dafür keine neuen, bisher nicht bekannten Unterlagen. Seine Behauptung, Hitler habe sich während der schweren innerparteilichen Auseinandersetzungen „immer und unter allen Umständen für Henlein und gegen seine (Hitlers) alten Mitkämpfer entschieden“, entspricht nicht den Tatsachen und kann bis 28. März 1938 auch nicht bewiesen werden. Denn wer so wie Brügel etwa Dr. Steinacher gleichsetzt mit NSDAP oder gar mit Hitler, der zeigt, dass er von den Zuständigkeiten, der politischen Bedeutung der Institutionen, Dienststellen, Organisationen, der Verflechtung all dieser untereinander und der daraus resultierenden Dynamik im Kampf um die Macht keine Kenntnis hat. Für Brügel war alles, was Henlein vom 1. Oktober 1933 an sagte, Lüge, Schwindel und Betrug. Jeder Versuch, einen Partner auf tschechischer Seite zu finden, war Bluff. Man darf sich heute nicht wundern, dass Henleins Hand auf tschechischer Seite nicht ergriffen wurde, wenn Menschen wie Brügel die tschechische Seite in der gleichen Weise, in der er heute sein Buch schreibt, mit tendenziösen Meldungen über Henlein versorgten und damit die Atmosphäre stets aufs neue vergifteten. Brügel ist nach dem Inhalt seines Buches einer der Männer, die aus kleinlichen parteiegoistischen Gründen dafür arbeiteten, einen innenpolitischen Ausgleich zwischen dem Sudetendeutschtum und den Tschechen zu verhindern. Er hat sich in dieser Absicht mit dem Repräsentanten der „antideutschen Bastion“, Dr. Benesch, getroffen.

Man muss hier nur bedauern, dass Wenzel Jaksch sich mit Brügel nicht mehr auseinandersetzen kann. Wir glauben, dass Brügel bei einer solchen Auseinandersetzung nicht gut ausgesehen hätte. Denn Jaksch hat Benesch als Lügner erkannt. Er hat am 2. Juni 1959 in München-Grünwald gesagt: „Die totale Entwurzelung der deutschen Bevölkerung ist schon seit dem Jahre 1920 das ausgesprochene Ziel Dr. Beneschs gewesen und jedes versöhnliche Wort an die Adresse der Sudetendeutschen, das nachher über seine Lippen kam, war Täuschung. Konnte aus diesem Geist heraus eine Verständigung der Völker gelingen?“ Die Verständigung konnte weder aus dem Geiste Beneschs noch Brügels gelingen. Davon werden sich alle Kenner der Materie, die Brügels Buch lesen, selbst überzeugen. Man wird zu dem Buch Brügels noch ausführlich Stellung nehmen müssen. Es zeigt, wie notwendig eine wirklich objektive Darstellung der Ereignisse der Jahre 1930 bis 1938 ist. *Dr. Fritz Köllner*



Ohne Worte

<p>SCHICKSAL UND ENDE DER DEUTSCHEN IN DEN BÖHMISCHEN LÄNDERN</p> <p>Von Josef Weikert</p> 	<p>WITIKOBRIEF RECHTSWAHREND-STAATSTRAGEND-UNABHÄNGIG</p> <p>Sonderheft 2013</p> <p>Inhalt:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Der politische Gehalt von Sudeten-„Witiki“ S. 03 2. Das Scheitern des sudetendeutschen Autonomieversuches S. 12 3. „Witiki“ 1938 – 70 Jahre sudetendeutsches Heimatkreisgebiet S. 12 4. Die „Münchener“ Abkommen S. 20 5. Das Schicksal einer Sudetendeutschen (Hilke) S. 22 6. Die Errichtung des Provisoriums von 74 Jahren S. 24 <p>• Ein selbstveröffentlichtes Publikationsorgan •</p>	<p>Reinhard Schmutzer</p>  <p>Neu!!</p> <p>DEPORTATION und ZWANGSARBEIT der deutschen Einwohner des Kreises Mies/ČSR nach Kriegsende - eine Regionalstudie</p> <p>HERAUSGEGEBEN HEIMATKREIS MIES-PILSEN E.V. DINKELBÜHL ARBEITSGEMEINSCHAFT SUDETENDEUTSCHER LEHRER UND ERZIEHER E.V. FRONTENHAUSEN IN ZUSAMMENARBEIT MIT DER ZEITUNG SUDETENPOST IN LINZ</p>
<p>€ 5,-</p> <p>Tomáš Krystlík</p>  <p>Vershwiegene Geschichte ZAMLČENÉ DĚJINY 1918 – 1938 – 1948 – 1968 Band I</p>	<p>€ 5,-</p> <p>Tomáš Krystlík</p>  <p>Vershwiegene Geschichte ZAMLČENÉ DĚJINY 1918 – 1938 – 1948 – 1968 Band II</p>	<p>€ 11,-</p> <p>Tschechen als Kriegs- Treiber</p>  <p>Kramasch, Masaryk, Benesch – Zerstörer Europas</p> <p>Hans Meiser</p>
<p>€ 10,-</p> <p>MARIAN JEZIK LEOPOLDOV DIE INSEL DER SCHATTEN</p>  <p>ODER ICH WAR POLITISCHER HÄFTLING HUSÁK UND HAVEL</p> <p>EINE BESCHREIBUNG DER LEIDEN IM TSCHECHOSLOWAKISCHEN GEFÄNGNIS LEOPOLDOV</p>	<p>€ 10,-</p>  <p>Hrsg. Dr. Hans Mines DDR: Alfred Oberwandling</p> <p>Sonderdruck im Jahr 2008</p> <p>70 Jahre Münchener Abkommen 1938 und das Schicksal der Sudetendeutschen</p> <p>Herausgeber: Sudetendeutsche Landmanschaft Oberösterreich Sudetepost Linz Heimatkreis Mies-Pilsen e.V. Sudetendeutsche Lehrer und Erzieher e.V. sowie in Zusammenarbeit und mit finanzieller Unterstützung der Hausener Stiftung Deutschland</p>	<p>€ 15,-</p> <p>SIDONIA DEDINA</p> <p>DER PYRRHUSSIEG DES EDVARD BENEŠ</p>  <p>Prag</p>
<p>€ 7,-</p>	<p>€ 10,-</p>	<p>€ 10,-</p>

Bezug obiger Bücher über [wikitobund-bundesverband@freenet.de](mailto:witikobund-bundesverband@freenet.de)
oder über die im Impressum (S.2) angegebenen Anschriften.